

55/KOMM XXIV. GP

Kommuniqué

des Untersuchungsausschusses zur Untersuchung von Abhör- und Beeinflussungsmaßnahmen im Bereich des Parlaments (71/GO XXIV. GP)

Untersuchungsausschussprotokoll (71/GO) 17. Sitzung, 1. Dezember 2009 - öffentlicher Teil

Der Untersuchungsausschuss zur Untersuchung von Abhör- und Beeinflussungsmaßnahmen im Bereich des Parlaments hat am 17. Juli 2009 einstimmig beschlossen, alle Protokolle (bzw. Tonbandabschriften) der öffentlichen Teile der Sitzungen dieses Untersuchungsausschusses im Internet auf der Homepage des Parlaments gemäß § 39 Abs. 1 GOG als Kommuniqué zu veröffentlichen.

Der Ausschuss hat weiters einstimmig beschlossen, dass für den Fall, dass gemäß § 23 Abs. 3 VO-UA Einwendungen gegen Fehler in der Protokollierung erhoben werden und diese vom Ausschuss mit Beschluss anerkannt werden, die Parlamentsdirektion zu beauftragen, die Internetversion zu berichtigen und als solche auch zu kennzeichnen.

Hinweis: Dieses Protokoll wird im Falle von konkreten von Auskunftspersonen bzw. Sachverständigen erhobenen Einwendungen gegen Fehler der Übertragung vom Tonträger, die vom Untersuchungsausschuss anerkannt wurden, korrigiert.

PROTOKOLL

**Untersuchungsausschuss
zur Untersuchung von Abhör- und Beeinflussungsmaßnahmen im Bereich des Parlaments**

17. Sitzung / öffentlicher Teil / Tag 1

Dienstag, 1. 12. 2009

Gesamtdauer der Sitzung:

11 : 07 Uhr – 14 : 14 Uhr

Wien, 2009-12-01

Mag. Christine Lapp

Schriftführerin

Dr. Martin Bartenstein

Obmann



REPUBLIK ÖSTERREICH
Parlament

Untersuchungsausschuss

zur

Untersuchung von Abhör- und Beeinflussungsmaßnahmen im Bereich des Parlaments



PROTOKOLL

(verfasst vom Stenographenbüro)

17. Sitzung – öffentlicher Teil

Dienstag, 1. Dezember 2009

11.07 Uhr – 14.14 Uhr

Lokal VI

Auskunftsperson

(17. Sitzung: Dienstag, 1. Dezember 2009)

Abg. z. NR Harald VILIMSKY

4

Beginn der Sitzung: 11.07 Uhr

Obmann Dr. Martin Bartenstein eröffnet – um 11.07 Uhr – die 17. Sitzung des Untersuchungsausschusses, stellt fest, dass die Befragung der nächsten Auskunftsperson **medienöffentlich** stattfinde – und ersucht darum, als **erste Auskunftsperson** Herrn Abgeordneten zum Nationalrat **Harald Vilimsky** in den Saal zu bitten.

(Die **Auskunftsperson** Abgeordneter zum Nationalrat **Harald Vilimsky** wird von einem Bediensteten der Parlamentsdirektion in den Sitzungssaal geleitet.)

Obmann Dr. Martin Bartenstein begrüßt Herrn Abgeordneten **Vilimsky** als Auskunftsperson, weist diesen auf die Wahrheitspflicht sowie die strafrechtlichen Folgen einer falschen Aussage hin; eine vorsätzlich falsche Aussage könne wie eine falsche Beweisaussage vor Gericht bestraft werden.

Die Personalien werden von der Auskunftsperson wie folgt bestätigt:

Harald Vilimsky; geboren 1966, Anschrift: Wien; Beruf: Nationalratsabgeordneter.

Obmann Dr. Martin Bartenstein stellt fest, dass die Auskunftsperson im Untersuchungszeitraum öffentlich Bediensteter, und zwar Vertragsbediensteter bei der Stadt Wien war. Auf die Mitnahme einer Vertrauensperson sei verzichtet worden.

Sodann weist der Obmann Abg. Vilimsky auf die Möglichkeit zu einer einleitenden Stellungnahme hin, fragt ihn, ob er davon Gebrauch machen wolle, was dieser **bejaht**, und erteilt ihm das Wort.

Auskunftsperson Harald Vilimsky (Abgeordneter zum Nationalrat; FPÖ): Herr Vorsitzender! Herr Verfahrensanwalt! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Angesichts des sehr straffen Zeitplanes werde ich mein Einleitungsstatement kurz halten, aber ich möchte Ihnen ganz kurz noch einmal das Szenario vor Augen führen, wie ich es aus meiner Sicht erlebt habe und wie es vielleicht für Sie in weiterer Folge und für Ihre Befragungen maßgeblich sein könnte.

Mehrfach ist in der medialen Darstellung die Verdachtslage artikuliert worden, ich hätte mich plötzlich für die Anliegen Kasachstans interessiert. Ich darf hier anführen, dass das Thema **Kasachstan** und die unterschiedlichen Interessenslagen, die da gegeben waren, schon seit dem Jahr 2007 ganz massiv die Medienlandschaft beherrscht haben.

Ich habe hier auszugsweise eine Berichterstattung mit, die auf das Jahr 2007 zurückgeht. In der Tageszeitung „Heute“ und in der „Kronen Zeitung“ stand: Jetzt fahndet Interpol nach dem kasachischen Botschafter in Wien. – Zitatende.

Im „Standard“ stand: Wien soll Botschafter ausliefern. – Zitatende.

In der „Kronen Zeitung“: Ex-Botschafter Alijew bleibt vorerst in Wien. – Zitatende.

Im „profil“ 2007: Rakhat und weiße Horde. – Zitatende.

In der „Kronen Zeitung“ 2007: Strafanzeige gegen den Ex-Botschafter. – Zitatende.

Im „Heute“ 2008: Geheimakte: Ex-Botschafter hat Giftpakete verschickt. – Zitatende.

Im „Kurier“: Wien: Kasache soll entführt werden. – Zitatende.

Und so weiter und so fort.

Ich darf zur Kenntnis bringen, dass ich für meine Fraktion der Sprecher für innere Angelegenheiten bin, damit auch die Aufgabengebiete **Sicherheit, Fremdenrecht** und **Asylrecht** betreuen darf und es natürlich eine meiner Kernaufgaben ist, in einer solchen Angelegenheit das Wort zu ergreifen, meine Stellungnahmen abzugeben und – wo notwendig – auch mit parlamentarischen Instrumenten zu hantieren.

Was das übergeordnete Interesse an der Sache **Kasachstan** betrifft, darf ich Ihnen zur Kenntnis bringen, dass ich im Zeitraum 2008 – und 2008 ist genau jener Zeitraum, der für diesen BVT-Bericht zur Grundlage genommen wird, warum wir hier sitzen – gezählte 196 parlamentarische Anfragen eingebracht habe, **eine** im Jahr 2008 zum Thema Kasachstan. Wenn Sie das prozentuell umrechnen, kommen Sie auf einen Prozentwert von 0,51 Prozent.

Auch in der heutigen Berichterstattung wird ja davon ausgegangen, dass ich **mehrere** parlamentarische Anfragen zum Thema Kasachstan eingebracht habe. Ich darf noch einmal festhalten: Das ist falsch; 0,5 Prozent im Jahr 2008.

Ich habe dann im Jahr 2009 eine weitere eingebracht, wobei man sagen kann, dass jene vom Jahr 2008, wenn man das so interpretieren möchte, eher im Interesse der offiziellen Kasachen gelegen sein könnte und jene vom Jahr 2009 das diametrale Interesse hatte, nämlich vielleicht die kontrahierende Gruppierung rund um den Herrn Alijew interessiert hätte. – Das zeigt, dass ich auch bei diesen zwei Anfragen maximale Distanz zu beiden Gruppen habe.

Ich darf – weil das für uns und für Sie als Parlamentarier auch wichtig ist – ganz kurz noch einmal vor Augen führen, welche Art von Anfragen die Basis für diesen ominösen Bericht des Bundesamtes für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung im Jahr 2008 waren, wo der Eindruck schriftlich festgehalten wurde, dass Parlamentarier von ausländischen Geheimdiensten gesteuert worden sein sollen.

Offiziell ist ja nie behauptet worden – ich habe mir die Protokolle der Sitzungen als vereidigtes Ersatzausschussmitglied durchgelesen, und ich möchte Ihnen das noch einmal ins Bewusstsein rufen.

Die erste Anfrage war jene des Abgeordneten **Hübner**, er ist außenpolitischer Sprecher unserer Fraktion. Abgeordneter Hübner hat zwei Meldungen des Originaltextservice der Austria Presse Agentur, wo es um den angekündigten Besuch von Herrn Bundespräsidenten Fischer in Kasachstan ging, einfach ohne jeglichen Kommentar, ohne jegliche Beifügung irgendeiner Wertung zusammenkopiert und hat in seiner Verantwortung als **außenpolitischer Sprecher** das Außenministerium gefragt, warum diese Reise abgesagt wurde.

Die zweite Anfrage, die möglicherweise jene ist, die Ihr Interesse auf sich ziehen könnte, war eine von mir, meinem Kollegen Mayerhofer und ebenfalls vom Kollegen Hübner. Da ging es darum, dass uns ein Brief zugegangen ist, ein sehrbrisantes Schreiben der kasachischen Botschaft an den damaligen Generaldirektor für die öffentliche Sicherheit Buxbaum – ich komme auf dieses Schreiben im Detail zurück –, in dem eine Reihe von gravierenden Missständen im Bereich der Verwaltung der

Republik Österreich thematisiert wurde und ich mich zu zwei Dingen entschlossen habe, nämlich erstens bei der Frau Minister nachzufragen, ob dieses Schreiben authentisch ist, und zweitens, wenn dies der Fall ist, was die Frau Minister in weiterer Folge zu tun gedenkt.

Erstens wurde mir bestätigt, dass tatsächlich ein Schreiben der kasachischen Botschaft mit diesem Termin eingegangen ist, und zweitens wurde mir mitgeteilt, dass Ermittlungen laufen und die Frau Minister daher keine Angaben machen könne. Da habe ich in meiner Verantwortung als Mandatar gesagt, ich gehe in dieser Sache nicht weiter vor, ich mache nichts über die Austria Presse Agentur öffentlich, ich setze auch keine weiteren parlamentarischen Schritte, ich thematisiere das nicht im Plenum, um eben diese Ermittlungen nicht zu gefährden.

Dann gab es eine dritte Anfrage, und zwar von meinem Kollegen **Mayerhofer**, und ähnlich wie es bei Herrn Abgeordnetem Hübner der Fall war, hat Herr Kollege Mayerhofer nicht mehr und nicht weniger als ein Excerpt eines Artikels des Wochenmagazins „profil“ herangezogen – ohne jegliche Beifügung, ohne jeglichen Kommentar und ohne jegliche Wertung – und hat anlässlich dieses Artikels im „profil“ über diese Causa, der mehr als interessant ist, Fragen gestellt und Auskunft begehrts.

Ich darf nun auf das Schreiben zurückkommen, das ich in der Anfrage Vilimsky, Mayerhofer, Hübner zitiert habe, das ja seitens des BVT als mögliche „Steuerung“ interpretiert wurde. Dieses Schreiben ging am 23. September des Jahres 2008 an das Bundesministerium für Inneres, zu Handen Herrn Dr. Erik Buxbaum, damals in der Funktion des Generaldirektors für die öffentliche Sicherheit.

In diesem Schreiben wird festgehalten, dass in Österreich mehrere Personen aufhältig sind, die in ihrer Heimat Kasachstan rechtskräftig verurteilt wurden. Diese Personen sind alle namentlich und mit den ergangenen Urteilen angeführt – ich mache das jetzt hier nicht öffentlich –, und bei den jeweiligen Personen sind auch die Vermögenswerte mit angegeben. Alleine bei einer Person sind sechs Nobelkarossen angemeldet, jeweils mit einem Wiener Kennzeichen, wobei nach meiner Einschätzung – es sind Autos wie Bentley oder BMW Cabrio – sicher keines dieser Kfz für weniger als 60 000 €, vielleicht 80 000 € am Markt erhältlich sein wird. (*Zwischenbemerkung von Obmann Dr. Bartenstein.*) – Teurer? Ich fahre nicht in dieser Preisklasse.

Des Weiteren wird unter Verweis auf den Grundbuchauszug angeführt, dass auf eine dieser Personen ein Grundstück im Wert von 7 Millionen € lautet. Es wird weiters angeführt, dass sich eine dieser Personen über ein kompliziertes Firmengeflecht – das wird jedoch sehr genau ausgeführt – im Eigentum einer Liegenschaft im Ausmaß von 20 Millionen € befindet.

Es wird die Republik Österreich von der Republik Kasachstan – über den Botschafter – offiziell gewarnt.

Ich darf festhalten, dass die Republik Österreich zur Republik Kasachstan intakte diplomatische Beziehungen hat. Erst diesen Februar hat Frau Parlamentspräsidentin Prammer eine kasachische Delegation hier im Haus willkommen geheißen. Es ist also nicht so, dass man sagen kann, dass die Kasachen irgendwie in der Rolle wären, zu Österreich **keine** offizielle Beziehung zu haben – genau das Gegenteil ist der Fall!

Es wird also die Republik Österreich beziehungsweise der Generaldirektor für die öffentliche Sicherheit gewarnt, es bestehe sohin der dringende Verdacht, dass Herr

soundso – ich nenne den Namen nicht – die benötigten finanziellen Mittel aus strafbaren Handlungen, möglicherweise aus Drogenhandel und Geldwäsche, erworben habe.

Der Ankauf der angeführten Fahrzeuge der Luxusklasse sowie der angeführten Liegenschaften diente/dient lediglich dazu, die Herkunft der Geldmittel, welche aus gesetzwidrigen Handlungen herrühren konnten, zu verschleiern und im Rechtsverkehr über die wahre Beschaffenheit dieser Vermögensbestandteile falsche Angaben zu machen, sodass dringender Verdacht vorliegt, dass Herr – soundso – das Delikt der Geldwäsche begangen haben könnte. Es wird auch noch die Gefahr thematisiert, dass in Österreich noch weitere Straftatbestände ergehen könnten.

Ich habe erwähnt, ich bin für meine Fraktion der Sprecher für die Bereiche Sicherheit und Inneres. Und in Kenntnis dieses Papiers habe ich mit dem zuständigen Mitarbeiter unseres Klubs, mit Herrn Mag. Bernhard Rochowski, beschlossen, dass wir eine sehr besonnene Vorgangsweise wählen, nämlich dass wir mit dem Instrument einer parlamentarischen Anfrage versuchen, der Frage auf den Grund zu gehen, ob die Republik Österreich tatsächlich gegen die angeführten Personen in irgendeiner Form tätig ist, zumal ja Geldwäsche und Drogenhandel im Spiel sein sollten, und es, selbst wenn es sich um ehemalige Botschafter handelt, nicht nachvollziehbar ist, dass derart gewaltige Summen im Ausmaß von 7 beziehungsweise 20 Millionen € für Liegenschaften bereitstehen.

Ich habe schon erwähnt, dass zu diesem Zeitpunkt und schon lange die Republik Österreich zur Republik Kasachstan ein intaktes Verhältnis hatte und der kasachische Senatspräsident im Februar dieses Jahres bei Frau Präsidentin Prammer zu Gast war.

Meine zweite Anfrage – die aber **nicht** den Berichtszeitraum BVT 2008 umfasst – kam im Jahr 2009. Es war auch eine völlig ungesteuerte Anfrage, wo – da erinnere ich mich noch recht gut daran – Kollege Bernhard Rochowski und ich Fragen der Sicherheit und der Innenpolitik besprochen, die weitere politische Planung aus unserer Sicht akkordiert haben und plötzlich eine „Falter“-Vorabmeldung kam. In dieser „Falter“-Vorabmeldung – ich darf zitieren – stand: „Polit-Spitzelaffäre erschüttert Innenministerium.“

Wieder ein Kernbereich meines Tätigkeitsfeldes und auf Basis dieser „Falter“-Vorabmeldung und auf Basis uns zugegangener Informationen habe ich eine weitere Anfrage formuliert.

Um Ihnen ungefähr einen Bogen zu spannen, welche Anfragen ich eingebracht habe, ich mache das wirklich ganz, ganz kuriosisch: Da waren Fragen zu Personalkosten, Sexualdelikten, Gewaltdelikten, Betrugsdelikten, Fragen der Verkehrspolitik, Sicherheitsberichte, Checkliste von Arbeitsschritten, Arbeitsanleitungen für Mitarbeiter im Bundesasylamt, Assistenzeinsatz, Post, ÖBB und so weiter und so fort. Ich erspare mir weitere Ausführungen.

Sie wissen – ich sage das jetzt nicht, um mir selbst Honig aufs Maul zu schmieren –, ich bin im letzten Ranking von der Tageszeitung „ÖSTERREICH“ zum fleißigsten Abgeordneten der Republik gewählt worden eben aufgrund der Vielzahl meiner Wortmeldungen im Nationalrat, meiner Ausschussmitgliedschaften und auch der Anzahl meiner parlamentarischen Initiativen, insbesondere Anfragen. Wenn – ich sage einmal – der fleißigste Mandatar der Republik in gezählten parlamentarischen Initiativen dann, weil er eine Anfrage im Jahr 2008 stellt, plötzlich deswegen in die

öffentliche Diskussion gerät, weil eine seiner Anfragen „gesteuert“ sein soll und ich nicht einmal den Anflug einer Ahnung hatte, worum es da eigentlich geht und das alles sehr mühsam recherchieren **musste** und auch recherchiert **habe**, habe ich mich doch sehr gewehrt in dieser ganzen Sache und auch auf dringlichste Aufklärung gedrängt.

Ich darf Ihnen – das ist vielleicht auch wichtig – zur Kenntnis bringen, dass ich eine offizielle Rüge der Frau Innenministerin erhalten habe – das war am 14. April 2009 –, nämlich in einer Sitzung des parlamentarischen Innenausschusses, in der Frau Innenministerin Fekter eingangs vermeint hätte, dass sie gar nicht mehr dazu komme, die Kriminalität zu bekämpfen, weil sie so viele meiner Anfragen beantworten müsse, was zu einer ironischen Bemerkung des Kollegen Pilz geführt hat, der meinte: Jetzt wissen wir, warum die Kriminalität so explodiert, daran ist der Vilimsky schuld!

Ich erwähne das deswegen, weil es in meiner subjektiven Betrachtung der ganzen Vorgänge so ausschaut, als könnte es sich vielleicht ein bisschen um eine „Retourkutsche“ für die Vielzahl meiner Anfragen handeln. Nachdem die Sache dann hochgeschwappt ist – und der Ausgangspunkt war ja der parlamentarische Unterausschuss zum Innenausschuss, wo Verschwiegenheit herrscht und ich nicht Vorgänge darüber zur Kenntnis bringen kann –, also nachdem das im Innenausschuss behandelt wurde, habe ich gemerkt, dass zeitgleich alle Medien informiert wurden, weil ich zahlreiche Anrufe – darunter von „Presse“ und „Kurier“ – erhalten habe und alle auf einmal vermeinten, ich sei der Kasachen-Spitzel, und ich der ganzen Sache **mühsam** auf den Grund gehen musste. Das habe ich auch gemacht.

Es ist mir gelungen, da sehr, sehr viele Dinge aufzuklären, bis dann ein Punkt kam, wo aus meiner Sicht **Schluss mit lustig** war und da ein Schriftverkehr zwischen mir und der Frau Innenminister stattgefunden hat, der aus meiner Sicht durchaus Brisanz hat. Ich bin von einem Mitglied meiner Bezirksgruppe im VI. Bezirk darauf hingewiesen worden – **nicht** durch die Behörden, **nicht** durch das BVT und **nicht** durch die Frau Innenminister –, dass auf der Blogseite des Herrn Alijew in kyrillischer Schrift offensichtlich große Textmengen zu meiner Person vorhanden sind. Ich habe einen offiziellen Dolmetscher ersucht, das zu übersetzen und war von der Bildwirkung dieses Blogs doch sehr beeindruckt. Auf der einen Seite war dieses Buch von Herrn Alijew „The Godfather-in-law“ abgebildet, wo er in einem Tarnanzug und einer Waffe mit ausgestreckter Hand steht – und auf der anderen Seite war mein Konterfei.

Da das ja nicht nur für besonnene Kräfte, sondern vielleicht für – ich sage einmal – auch dubiose Kreise irgendwo als Basis für weitere Handlungen steht, war ich mehr als besorgt, dass da irgendwo eine Bedrohungslage für mich stattfinden könnte. Ich habe mich an die Frau Minister gewandt und sie hat mir in einem sehr ausschweifenden Rückschreiben an mich gesagt, wenn ich eine Sicherheitsberatung wünsche, würde es sie freuen, wenn sie das für mich veranlassen könnte. Ich habe dann doch angesichts dieser – aus meiner Sicht – nicht sehr wohlwollenden Worte entschieden, ich werde das **nicht** in Anspruch nehmen.

Ich habe mich dann noch einmal am Tag darauf an die Frau Innenminister gewandt, weil der Vorwurf, möglicherweise gegen Interessen der Republik vom kasachischen Geheimdienst eingespannt worden zu sein – unwissentlich oder nicht –, sehr schwer wiegt, von einem etwaigen Korruptionsvorwurf ganz abgesehen – und nur zur Erklärung: Ich habe hier Gerichtsverfahren bereits gewonnen.

Ich schrieb an Bundesministerin Fekter – ich zitiere –:

Nicht nur als Bürger, sondern auch als Abgeordneter zum Nationalrat meine ich, darauf ein Recht zu haben, durch Sie als zuständige Bundesministerin informiert zu werden, ob es strafrechtlich relevante Vorhaltungen gegenüber meiner Person beziehungsweise Ermittlungen gibt oder im Jahr 2008 gab, um umgehend diese Vorwürfe aus meiner Sicht entkräften zu können. – Zitatende.

Ich habe die Lesebestätigung der Frau Minister für dieses E-Mail erhalten. Ich habe allerdings keinerlei Antwort erhalten.

Zur Genesis dieser Anfrage und dieses Schreibens der kasachischen Botschaft an die Republik darf ich Ihnen noch Folgendes zur Kenntnis bringen: Nachdem die Sache zu einem medialen Höhepunkt gekommen ist, habe ich mich entschieden, diesen Brief öffentlich zu machen.

Ich habe mich an Herrn Claus Pándi von der „Kronen Zeitung“ gewandt und das hat dazu geführt – das ist jetzt wichtig, weil es für die weiteren Beurteilungen maßgeblich ist –, dass die „Kronen Zeitung“ daraus eine Titelseite fabriziert und die ganze Seite 2 dieser Angelegenheit gewidmet hat. Eine Passage ist, glaube ich, maßgeblich; ich zitiere:

Der freiheitliche Sicherheitssprecher Vilimsky hatte versucht, Licht ins Dunkel zu bringen, nachdem ihm ein Brief der kasachischen Botschaft, siehe Auszüge ... zugespielt worden ist, der an dem ehemaligen Sicherheitsdirektor Buxbaum gerichtet war. Vilimsky verlangte mittels parlamentarischer Anfrage Aufklärung vom Innenministerium mit wenig befriedigendem Ergebnis. Allerdings sah er sich bald als Spion denunziert. – Zitatende.

Als dann wenige Tage später in der Zeitschrift „Falter“ Herr Florian Klenk die geheimen Ermittlungsakten des Innenressorts präsentiert hat, hat sich eine sehr interessante Geschichte ergeben. Es hat nämlich niemand mehr bei mir angerufen. Ab dem Zeitpunkt war die Person Vilimsky völlig uninteressant, weil es eine einzige Erwähnung gab, nämlich dass über mich, über drei Ecken, irgendwo eine Information zugegangen sein soll, die als Basis für eine Anfrage gedient haben könnte, aber **andere** Personen, die nicht meiner Partei angehören, da eine sehr, sehr breite Würdigung erhalten haben.

Wo ich meiner Bedauerung auch Ausdruck verleihen muss, ist, dass Sie hier diese offensichtlich laut Aktenlage zentralen Personen der ganzen Angelegenheit nicht vorgeladen haben. Dem entspricht der „Falter“, der diese Sache mit den Ermittlungsakten öffentlich gemacht hat. Da heißt es:

„Die Dokumente illustrieren eine der hässlichsten österreichischen Korruptionsaffären. Involviert sind Spitzenpolizisten, ein Ex-Heeres-Agent und ein Politiker der Wiener SPÖ.“

Eine der zentralen Personen dieser ganzen Angelegenheit, der ehemalige Botschafter Alijew, hat sogar angeboten, hier vor diesem Ausschuss auszusagen. Er darf es nur offensichtlich nicht. Und er sagt, dass Ex-SPÖ-, sozialdemokratische Politiker und österreichische Anwälte im Juli 2008 in Kasachstan waren und sich mit Geheimdienstvertretern trafen. Wenig später gab es die ersten Angriffe auf seine Person.

Jetzt darf ich Ihnen auch noch zur Kenntnis bringen – damit das auch bekannt ist –, dass es in dem Alijew-Umfeld so ausschaut und der Anwalt, der da von ihm zitiert wird,

und es sehr viele Gerüchtelagen gibt ... – Ich will jetzt nicht den Namen direkt nennen, ich überlasse es nur Ihren Bewertungen. Es hält Herr Walter Meischberger in einem „FORMAT“-Interview fest, dass Hochegger immer wieder mit seinem Freund und Anwalt Gabriel Lansky sehr heikle Fälle bearbeitet. Darunter sind etwa die Republik Kasachstan und etwa auch Aserbaidschan, aber maßgeblich ist Kasachstan, weil Herr Lansky auch für die zwei Witwen der möglicherweise von Kasachen ermordeten Personen tätig wird.

Obmann Dr. Martin Bartenstein: Entschuldigen Sie: Sie sagen, „möglicherweise ermordet“ (**Harald Vilimsky:** Ermordet!), und Sie sprechen von „Witwen“. – Also was jetzt?

Harald Vilimsky: Ich spreche von **Witwen**.

Obmann Dr. Martin Bartenstein: Sie halten daran fest?

Harald Vilimsky: Das ist ein Umstand, dem ich da nicht nachgehe. Aber Herr Lansky vertritt die beiden Witwen. Das ist ja ein Gegenstand breiter Berichterstattung gewesen. Ich kann das jetzt noch raussuchen, wenn es hier Thema wird.

Jedenfalls ist die Kanzlei Lansky auch im vergangenen Jahr noch massiv tätig. „Das zweite Dubai – Immobilienträume in Kasachstan“, haben wir da ganz breit von den Autoren Dr. Gerald Gansger, Mag. Katharina Grossbauer, dass die Rechtsanwaltskanzlei Lansky da Tätigkeiten und Interessenfelder sieht.

Wenn man dann zurückgeht und auch den Namen **Blecha** etwa heranzieht, der ja in der Aktenlage durchaus gewürdigt wird, bin ich in meinen Recherchen, wie diese ganze Geschichte eigentlich gelaufen sein könnte, auf einen Artikel des Jahres 1996 der deutschen Tageszeitung „Die Welt“ gestoßen – da geht es um den Sanikidse-Mord, ich darf zitieren –:

„Der 50jährige Sanikidse war Geschäftsführer einer Firmenkette des österreichischen ‚Baulöwen‘ Leopold Bausbek, der seit 1982 acht Luxushotels in der ehemaligen Sowjetunion errichtet hat und mit einer Verwandten des georgischen Präsidenten verheiratet ist. Zuletzt eröffnete er – in Anwesenheit prominenter österreichischer Ehrengäste, darunter der ehemalige Finanzreferent von Wien, Hans Mayr, und der ehemalige SPÖ-Minister Blecha – ein Luxushotel in Almaty, der Hauptstadt Kasachstans. Das Wiener Massenblatt ‚Kronenzeitung‘ behauptet, dabei seien Kontakte zum ‚geheimnisumwitterten Grigori Loutschanski‘, dem Boß der Wiener Export-Import-Firma Nordex geknüpft worden. Hinter der Fassade dieser Firma aber soll laut ‚Kronenzeitung‘ das gesamte Vermögen der sowjetischen KP in den Westen transferiert worden sein.“ – (Abg. Mag. **Lapp:** Wann war das?)

Ich überlasse Ihnen das gerne, das war im Jahr 1996. Und es hat im Jahr 1998 der Herr Abgeordnete Ewald Stadler das auch politisch massiv thematisiert in seinen Reden und auch für jedermann nachvollziehbar in der öffentlichen Darstellung über die Austria Presse Agentur.

So, das war die eine Seite, die einen Teil der Regierung und deren mögliche Verwicklungen in diese Causa zum Ausdruck bringen soll.

Das Zweite ist die andere Hälfte. Sie haben ja hier darüber beraten, ...

Obmann Dr. Martin Bartenstein: Entschuldigen Sie, Herr Kollege Vilimsky, ich habe mich kundig gemacht, weil ja Ihre einleitende Stellungnahme in ihrer Ausführlichkeit doch ein bisschen im Widerspruch zu dem, was Sie gesagt haben, steht.

Harald Vilimsky: Nein, ich hätte es viel länger machen wollen!

Obmann Dr. Martin Bartenstein: Gut, da gibt es keine Grenzen. Aber ich meine schon, ebenso der Herr Verfahrensanwalt, dass wir uns an den Untersuchungsgegenstand, jedenfalls was das Zeitliche anbelangt, zu halten hätten. Darum würde ich Sie bitten.

Harald Vilimsky: Ich versuche, es wirklich ganz gestrafft zu machen. – Wir sind ja bei der Steuerung der Politik, und bei der Steuerung der Politik ist immer maßgeblich, wer welche Interessenlagen hat. Ich habe meine Interessenlagen offengelegt und möchte versuchen, Ihnen bewusst zu machen, dass es eigentlich ganz andere Interessenlagen gibt, mit Steuerungen, wo wirklich Steuerung ist. Bei mir war keine Steuerung. Ich erspare mir jetzt die Geschichte mit Erwin Pröll und dem Leopold Grüner und den ganzen Vorgängen, die zu einer rasanten Vergabe von Aufenthaltsbewilligungen geführt hat, wo sogar festgehalten wurde, dass innerhalb dieser kurzen Frist normalerweise niemand irgendwelche Aufenthaltsbewilligungen erhält.

Ich habe – da die Person **Berndt Ender** in den Akten Erwähnung findet und auch breite mediale Würdigung erhalten hat, gebe ich das hier für das Protokoll an – die Person Ender bis vor Kurzem nicht gekannt. Die Person Ender ist vielen von Ihnen bekannt, ehemals im Kreisky-Umfeld politisch sozialisiert. Ender war Reporter des ORF-„Report“ und war, glaube ich, bis zu ihrer Pensionierung für den Österreichischen Rundfunk im Bereich der Parlamentsberichterstattung tätig.

Dieser Herr Ender soll es gewesen sein, der einem Mitarbeiter unseres Klubs diese Information, nämlich den Brief der kasachischen Botschaft an den damaligen Generaldirektor für öffentliche Sicherheit, übergeben haben soll. Nachdem er nur **ein** Interview gegeben hat, wo er sagt, all diese Vorhaltungen gegen ihn entbehren jeder Grundlage – das kann ich nicht beurteilen –, hat sich Herr Ender im August dieses Jahres an uns gewandt, namentlich an einen Mitarbeiter unseres Klubs, und gemeint, er möchte einfach aus seiner Sicht Stellung beziehen.

Der Mitarbeiter hat mich angerufen, ich war zufällig im Haus und mich hat das interessiert, nachdem in Österreich die Unschuldsvermutung gilt und der Herr Ender genauso wie ich – möglicherweise unverdient, möglicherweise nicht unverdient, das kann ich nicht beurteilen –, da in Betracht gekommen ist. Und er hat mir versichert, dass das, was gegen ihn berichtet wird, nicht stimmt. Das beurteilen müssen andere, aber auf meine Frage, von wem er denn diesen ominösen Brief der kasachischen Botschaft an den Generaldirektor für öffentliche Sicherheit erhalten haben soll, hat er mir genannt, es sei der ehemalige SPÖ-Innenminister Karl Blecha gewesen.

Das heißt, wenn eine Steuerung irgendwo vorhanden wäre, dann müsste ein ehemaliger SPÖ-Minister über einen ehemaligen ORF-Journalisten versuchen, eine Anfrage an uns heranzuspielen. Ich kann und will die Geschichte Blecha nicht beurteilen, wo da möglicherweise etwas dran ist oder nicht, aber jetzt sage ich etwas vielleicht zur Entlastung des Herrn Blecha: Ich kann mir nicht vorstellen, dass ein ehemaliger SPÖ-Innenminister, der zudem viele Jahre Mitglied dieses Hauses als Abgeordneter war, so naiv sein kann, bei einer parlamentarischen Anfrage über einen ehemaligen ORF-Journalisten, der es wiederum einem Mitarbeiter von uns gibt und in

weiterer Folge mir gibt, hier etwas erzwingen zu wollen. Ich kann mir das nicht vorstellen – wenngleich auch andere Dinge beim Herrn Blecha von Relevanz sein mögen, was ich nicht beurteilen kann.

Ich halte für mich ganz kurz fest: Ich habe bis zum heutigen Tag keinerlei Information erhalten, keinerlei öffentliche und offizielle Information, dass ich einer jener Mandatare sein soll, die vermeintlicherweise „gesteuert“ wurden. Ich habe auf die beiden E-Mails an die Frau Innenminister, auch unter Hinweis darauf, dass ich mein Mandat nicht frei ausüben kann durch diese ganze Sache, keinerlei Antwort erhalten. Ich darf rein subjektiv mitteilen, dass ich keinerlei Wahrnehmungen oder irgendwelche Eindrücke habe, irgendwo **gesteuert** worden zu sein. Alle meine parlamentarischen Aktivitäten sind in **alleiniger Entscheidungshoheit** meiner Person entschieden worden.

Ich kann nach Durchsicht der Protokolle dieses Ausschusses immer noch nicht erkennen, was die Behörden mit „Steuerung“ eigentlich meinen. Es war, um auch das hier klarzustellen – und da habe ich bereits Verfahren gewonnen –, bei keiner einzigen Anfrage noch sonst irgendeiner parlamentarischen Handlung von mir Geld im Spiel. Es hat diesbezüglich bereits ein erfolgreiches Gegendarstellungsverfahren gegeben, ein zweites erfolgt in Kürze. Es liegt nur mehr daran, dass die Frau Minister bislang zur Aussage keinen Termin gefunden hat.

Ich halte ferner fest: Ich habe keinen Kasachen oder Vertreter oder Repräsentanten Kasachstans bislang getroffen. Das betrifft auch die Mitarbeiter meines Klubs. Die einzige Einschränkung, die ich machen muss, wenn ich ganz ehrlich bin: dass, wenn ich bei irgendeiner Veranstaltung war und irgendwo Hände geschüttelt habe, darunter jemand mit kasachischer Staatsbürgerschaft war, das kann ich nicht hundertprozentig sagen. Aber es ist mit Sicherheit zu keinerlei Informationsaustausch oder Gespräch gekommen.

Ich bin – und das ist auch relevant für Sie – durch den Vorwurf der **Steuerung** in der Ausübung meines Mandats massiv behindert worden, und ich darf auch mitteilen, dass mein Vertrauen in die Behörden, namentlich das BVT und das Innenressort, massiv in Mitleidenschaft gezogen wurde. Wenn ich mir nämlich die Ausführungen des Herrn Gridling und des Herrn Lienbacher ansehe, verweisen beide darauf, dass es zwar keine präzise Rechtsgrundlage gibt, die beide verpflichtet hätte, mich zu informieren, ...

Obmann Dr. Martin Bartenstein: Sagten Sie „Lienbacher“? (Abg. **Vilimsky:** Ja!) Sie können nur Lengauer gemeint haben. Lienbacher? (Abg. **Vilimsky:** Ja!) Aha. Okay, gut.

Harald Vilimsky: ..., dass es zwar keinerlei Verpflichtung gegeben hat, mich zu informieren, auf der anderen Seite aber auch keinerlei gesetzliche Grundlage bestand, mich **nicht** zu informieren. Ich frage mich: Wozu habe ich denn einen Verfassungsschutz, wenn nicht, damit ich, wenn ich irgendwelche Wahrnehmungen habe, Mandatare davor warne, dass sie möglicherweise mit Informationen versorgt werden, die nicht der Wahrheit, oder wie auch immer, entsprechend sind und sie vielleicht auf falsche Fährten gebracht werden.

Aber Faktum ist, die Information, die ich erhalten habe, war eine richtige! Das war keine gefälschte, das war keine getürkte Information, dieser Brief war authentisch – und auch bestätigt durch die Frau Innenminister. Was da eine Steuerung sein soll, frage ich mich schon. Und wenn irgendwo fünf Ecken vorher das BVT Wahrnehmungen hat, dann hat das BVT mich zu informieren und jeden anderen

Mandatar dieses Hauses zu informieren – und nicht drei Sätze in einen BVT-Bericht hineinzuschreiben und irgendwo sozusagen subkutan zu sagen, nur weil ich vielleicht dem Innenressort unbequem bin. Der Vilimsky war's! – und dann in weiterer Folge die Medienorgel hochgehen zu lassen.

Ich halte fest – und ich glaube, dass ich da keinen Widerspruch finden werde –: Anträge und Anfragen von jedem Mandatar dieses Hauses sind nicht motivenabhängig und auch nicht erklärungsbedürftig. Wenn Sie – das ist dasselbe für Mandatare wie für Journalisten – Informationen bekommen, die brisant sind, beurteilen Sie – und das macht auch jeder Journalist so – in Ihrer alleinigen Entscheidungskompetenz, ob Sie in weiterer Folge etwas machen wollen oder nicht, und niemand kann irgendwo drei Ecken zurückverfolgen, ob irgendjemand diese Information an Sie mit redlicher oder weniger redlicher Absicht gegeben hat. Es ist auch völlig unerheblich, weil die nackte **Information** zählt. Sofern Missstände, die den Verwaltungsbereich der Republik Österreich betreffen, hier zum Gegenstand gemacht werden, vermeine ich, ist es sogar **Pflicht** eines Mandatars, darauf aufmerksam zu machen.

Ich kürze jetzt wirklich ab. Ich halte Ihnen – bevor Sie da heute das Ganze finalisieren – den Medienspiegel nur anhand der Überschriften vor Augen, was Sie machen: „U-Ausschuss wird von SPÖ und ÖVP abgeschossen“, „Spitzelausschuss wird jetzt von ÖVP und SPÖ abgedreht“, „Vor eigenen Affären dreht Koalition den Ausschuss ab“, „Ein Tiefpunkt im Hohen Haus“, „SPÖ und ÖVP würgen U-Ausschuss ab“, „Koalition dreht den Spitzelausschuss ab“.

Obmann Dr. Martin Bartenstein: Herr Abgeordneter! (**Harald Vilimsky:** *Einen letzten Satz: ...*) Eine einleitende Stellungnahme ist Ihnen gewährt. Eine Rundum-Kritik an der Tätigkeit des Untersuchungsausschusses ist darin, glaube ich, nicht enthalten.

Harald Vilimsky: Ja, das hat aber damit zu tun, wenn man mir meine einleitende Stellungnahme offensichtlich sehr stark einengen möchte, **weil** – und jetzt komme ich nämlich zum letzten Artikel –:

„Klar wurde“ –

das ist die Wertung der Tageszeitung „Die Presse“, immerhin **das** Qualitätsmedium in Österreich –

„aufgrund der im U-Ausschuss zitierten Akten aber, dass die FPÖ ihre Kasachstan-Anfragen zu Recht gestellt hatte, angesichts dubioser Umstände in den Behördenverfahren rund um den ehemaligen ... Botschafter ...“, und so weiter, und so fort.

Ich hätte noch einiges, ich kürze ab: Danke, dass Sie mir zugehört haben. Ich bin bereit – und verpflichtet natürlich –, Fragen Ihrerseits zu beantworten. – Danke.

Obmann Dr. Martin Bartenstein: Besten Dank, Herr Abgeordneter Vilimsky.

Zu Wort gelangt das BZÖ. (**Abg. Mag. Stadler:** *Keine Fragen!*) – Keine Fragen?

Als Nächste: die grüne Fraktion. – Bitte, Herr Abgeordneter Steinhauser.

Abgeordneter Mag. Albert Steinhauser (Grüne): Herr Vilimsky, Sie haben erwähnt, Sie sind Sicherheitssprecher, Sie sind Nationalratsabgeordneter.

Haben Sie sonst noch eine Leitungsfunktion im FPÖ-Klub, eine interne möglicherweise?

Harald Vilimsky: Ich bin Finanzreferent bei mir im Klub, und als Finanzreferent habe ich einen Sitz im Präsidium.

Abgeordneter Mag. Albert Steinhäuser (Grüne): Nachdem die Vorwürfe im Juli 2009 laut wurden, die FPÖ wäre gesteuert gewesen hinsichtlich der parlamentarischen Anfragen, nehme ich an, ist im FPÖ-Klub auch untersucht worden, wie es zu diesen Anfragen gekommen ist. – Stimmt das?

Harald Vilimsky: Na ja, sagen wir so: Es war am letzten Sitzungstag, soweit ich mich richtig erinnere, und natürlich ist recherchiert worden. Ich habe mich mit dem Kollegen Bernhard Rochowanski zusammengesetzt (*Abg. Mag. Steinhäuser: Wie war der Name?*) – Bernhard Rochowanski, das ist der zuständige Mitarbeiter im Bereich Sicherheit und Landesverteidigung bei uns im Klub –, und wir haben uns, da wir uns hinten und vorne nicht ausgekannt haben, was da eigentlich los sein soll, die ganze Sache minutiös noch einmal vor Augen geführt, und ich habe dann meine Recherchen selbständig weitergeführt.

Abgeordneter Mag. Albert Steinhäuser (Grüne): Ihrer Darstellung folgend schildern Sie ja die Situation so, dass man Zeitungsartikel gelesen hat und dann Anfragen dazu gestellt hat. Ist hinterfragt worden, ob der Mitarbeiter Rochowanski ... – beziehungsweise: Hat der Mitarbeiter Rochowanski alle Anfragen formuliert? – Das wäre die erste Frage.

Harald Vilimsky: Das Procedere der Anfrageerstellung funktioniert bei uns so, dass entweder der Mandatar, ein Mitarbeiter, andere Mandatare Ideen haben – sich an den zuständigen Bereichssprecher wenden, wenn andere Sachzuständigkeiten gegeben sind –, man mit dem Mitarbeiter gedanklich die Anfrage durchskizziert, ein paar Fragen halt erwähnt, die man besonders gern drinnen gehabt hätte. Das wird ins Reine formuliert, dann sieht man sich das noch einmal an und sagt: Nein, das will ich nicht fragen!, oder: Das will ich fragen! – Das ist, glaube ich, so, wie es überall entsteht. Ich bin mittlerweile über 15 Jahre hier tätig, und das ist etwas, was aus meiner Sicht üblich ist. Ob der Mandatar das jetzt in alleiniger Verantwortung macht – eine andere Variante wäre, dass der Mitarbeiter einen Vorschlag macht, wie eine Anfrage ausschauen könnte, dass es ein Gemeinschaftsprodukt ist –: In letzter Konsequenz zeichnet der Mandatar alleinverantwortlich für die Anfrage, die er – und dann in weiterer Folge seine Kollegen – unterfertigt.

Abgeordneter Mag. Albert Steinhäuser (Grüne): Das ist durchaus nachvollziehbar. Im konkreten Fall dieser drei Anfragen, die eingebracht wurden – eine von Ihnen, eine von Hübner und eine von Mayerhofer –, ist da nachvollziehbar gewesen, wer die Anfragen formuliert hat beziehungsweise wer das Material für diese Anfragen FPÖ-intern geliefert hat?

Harald Vilimsky: Bei zwei Anfragen ist es ganz klar – es ist bei drei ganz klar zu beantworten:

Bei einer Anfrage, der des Abgeordneten Hübner, waren es zwei Aussendungen des Originaltext-Service der Austria Presse Agentur. Sonst ist keine einzige Zeile in der Begründung vorhanden.

Bei der Anfrage des Abgeordneten Mayerhofer ist es ein Excerpt des „profil“ – mit keinerlei Wertung oder Zusatzinformation.

Und bei der dritten Anfrage, die mich als Erstanfragesteller betrifft, war es der Brief der kasachischen Botschaft an die Republik Österreich beziehungsweise den Generaldirektor für die öffentliche Sicherheit, den mir Herr Rochowanski gezeigt hat und wo ich gesagt habe: Na bumm, da müssen wir eine Geschichte daraus machen, müssen wir eine Anfrage machen! Ich will aber nicht, dass sonst, über diese Anfrage hinaus, etwas geschieht. Ich will nicht, dass die Personendaten da jetzt in die breite mediale Diskussion kommen.

Abgeordneter Mag. Albert Steinhauser (Grüne): Ist damals hinterfragt worden, ob der Mitarbeiter Rochowanski Kontakt zu Ender oder Pollack hatte? – FPÖ-Klub-intern, meine ich jetzt.

Harald Vilimsky: Zum damaligen Zeitpunkt habe ich ihn gefragt, als diese Sache in öffentliche Diskussion gekommen ist, wie der genaue Hergang dieser Geschichte, insbesondere dieses Briefes war. Und ich weiß, dass Herr Mag. Rochowanski viele Gesprächspartner hat – das sind Gesprächspartner aus dem Bereich Medien, das sind Gesprächspartner aus dem Bereich Sicherheitspolitik, und ich glaube, ...

Abgeordneter Mag. Albert Steinhauser (Grüne): Konkret gefragt: Waren die Gesprächspartner **Ender** und **Pollack** dabei?

Harald Vilimsky: Es war der Gesprächspartner Ender als diejenige Person, die dem Herrn Rochowanski diesen Brief gegeben hat – das habe ich in meinen Ausführungen schon gesagt. Und Ender hat mir gesagt, er hat es von Blecha erhalten.

Abgeordneter Mag. Albert Steinhauser (Grüne): Zur Frage **Steuerung**: Warum kommt es dazu?

Es gibt am 2.11. ein E-Mail von Pollack an Burtsev, in dem Folgendes drinstehrt: Es werden Strategielinien besprochen. Eine zweite Strategielinie – die erste nenne ich jetzt nicht, weil sie nichts mit dieser FPÖ-Anfragencausa zu tun hat – lautet folgendermaßen: Wechsel im Meinungsbild. Hierzu – ich zitiere –:

Die zweite Schiene, die wir gemeinsam mit Bernd fahren, hat bereits etwas gebracht. Zum einen konnte der Vorsitzende des Innenausschusses Dr. Fichtenbauer für eine parlamentarische Anfrage an das Innenministerium gewonnen werden. – Zitatende. (**Harald Vilimsky:** Des Innenausschusses?) – Ja, das ist nicht korrekt. Das wissen wir, dass der Dr. Fichtenbauer, glaube ich, Vorsitzender des (**Harald Vilimsky:** LV-Ausschusses!) Landesverteidigungsausschusses ist (**Harald Vilimsky:** Ja!) und dass Sie Fraktionsführer der FPÖ im Innenausschuss sind. (**Harald Vilimsky:** Ja!)

Meine erste Frage an Sie: Wissen Sie, ob es einen Kontakt Fichtenbauer – Ender gegeben hat?

Harald Vilimsky: Kann ich Ihnen nicht sagen.

Abgeordneter Mag. Albert Steinhauser (Grüne): Können Sie nicht sagen. – Dann, am 19.11., passiert etwas Interessantes: Herr Wendelin Mölzer – ich nehme an, der ist Ihnen ein Begriff? (**Harald Vilimsky:** Ja!); das ist wer?; ein Mitarbeiter der FPÖ (**Harald Vilimsky:** Ein Mitarbeiter des freiheitlichen Parlamentsklubs, ja!) – schreibt ein E-Mail an besagten Ender – ich zitiere –:

Anbei die beiden Anfragen zu Kasachstan. Die an das BMI wurde bereits eingebracht –

Zitatende; das stimmt so nicht, das wissen wir aus der weiteren Abfolge; ich zitiere weiter –,

die an das Außenministerium wird erst eingebracht. – Zitatende.

Ist es üblich, dass Mitarbeiter des FPÖ-Parlamentsklubs an klubexterne Personen – Ender – Anfrageentwürfe mailen?

Harald Vilimsky: Ja, selbstverständlich ist das üblich. Und das ist bei Anfragen genauso üblich wie bei Anträgen oder bei Pressediensten, wo man Personen, die, sage ich einmal, eine Detailkenntnis von irgendwelchen Vorgängen haben, diese Anfrage, den Pressedienst, den Antrag, wie auch immer, noch einmal schickt. Das ist ein üblicher Vorgang. Eine Anfrage – das möchte ich jetzt in aller Deutlichkeit ergänzen – ist ja nicht irgendetwas Geheimes! Eine Anfrage ist ab dem Zeitpunkt der Einbringung maximal öffentlich, für jedermann sichtbar! Und dass eine Anfrage nicht irgendwo das singuläre Produkt einer Person ist, die im stillen Kämmerlein sitzt, sondern dass man sich mit anderen Fachöffentlichkeiten – ich nenne es einmal abstrakt so – berät, ob jemand noch eine gute Idee hätte, ob man vielleicht da oder dort noch ergänzend etwas einbringen könnte – das sind klassische Stilmittel, um Anfragen besser zu machen, als sie in ihrer Ursprungsform vielleicht sind.

Abgeordneter Mag. Albert Steinhauser (Grüne): Grundsätzlich stimme ich mit Ihnen überein. Es ist nur insofern überraschend, wenn man davon ausgeht, dass Sie sagen, dass sich diese Anfragen primär auf Medieninformationen bezogen haben. So eine Vorgangsweise macht ja nur dann Sinn, wenn man einem Informationsgeber Entwürfe schickt, damit der die Entwürfe noch einmal durchschaut und allenfalls mit seinen Informationen ergänzt.

Harald Vilimsky: Also ich denke mir, wenn Personen – ich sage jetzt: Stichwort Kasachstan – irgendein besonderes Interesse gehabt hätten oder haben – wie es bei Ender der Fall ist oder auch nicht, ich kann das nicht beurteilen –, sehe ich alles andere als irgendein Problem darin. Ich informiere ja auch alle meine Kontaktpersonen von meinen zukünftigen Vorhaben. Ich informiere Kontaktpersonen darüber, wann ich parlamentarische Initiativen setzen möchte.

Abgeordneter Mag. Albert Steinhauer (Grüne): Okay. Also Sie haben Ender und Pollack als Kontaktpersonen über Anfrageentwürfe informiert.

Die weitere Vorgangsweise war dann die: Pollack schickt dann gleich weiter an Burtsev, kasachischer Geheimdienst, und sagt – ich zitiere –:

Ich habe gestern im Klub der FPÖ Österreich Erkundigungen betreffend der parlamentarischen Vorgangsweisen eingeholt und übermitte dir nachstehend den Inhalt der an die Innenministerin vom Abgeordneten zum Nationalrat Mayerhofer übermittelten Anfrage betreffend Mussajew.

Dem Text wird dann der Anfrageentwurf angeschlossen. Erst am 27.11. wird diese Anfrage eingebracht. Das war die Berichtslinie an den kasachischen Geheimdienst.

Harald Vilimsky: Also mit Verlaub, es ist hier offensichtlich so, dass sich ein kleiner Polizist strafbar gemacht hat und dass das in voller Härte zu verfolgen ist; das ist überhaupt keine Frage – aber wenn jemand sich wichtig macht und meint, er hätte eine

parlamentarische Anfrage, ein großes Instrument, um irgendeiner internationalen Sache einen anderen „Drive“ zu geben, kann ich nur sagen, es gibt für mich nichts Absurderes.

Ich weiß nicht, wer von Ihnen der Ansicht ist, dass man mit einer Anfrage eines Oppositionsmandatats – wir haben tausende jedes Jahr – irgendwas bewegen, geschweige denn die Republik zum Wanken bringen kann und irgendwo Auslieferungen erzwingen kann. Bitte, so etwas ist ja absurd!

Also ich glaube, dieser Polizist hat sich einfach wichtig gemacht und wollte zeigen, dass sich bei ihm Mandatare vielleicht so verhalten, wie er es gerne hätte. Das ist lächerlich! Entschuldigung, wenn Sie mir diesen Begriff da erlauben!

Abgeordneter Mag. Albert Steinhauser (Grüne): Pollack mag sich wichtig gemacht haben. Sie haben ihn aber offensichtlich auch wichtig genommen – also nicht Sie, Ihre Mitarbeiter –, sonst hätten Sie ihm nicht die Entwürfe zu diesen Anfragen gesendet.

Harald Vilimsky: Ich möchte noch einmal in aller Klarheit betonen: Wenn es so nicht sein darf, dass parlamentarische Anfragen offiziell vor dem Zeitpunkt ihrer Einbringung an irgendjemand ergehen, dann bin ich dafür, dass wir das in diesem Hohen Haus beschließen. Das kann man machen.

Ich habe es da, ich kann es Ihnen vorlesen und Ihnen die Entstehungsgeschichte von, ich weiß nicht, 300 Anfragen jetzt offenlegen, wenn Sie das wollen. Es kann nicht irgendwo auch nur die minimalistische Verwerflichkeit enthalten sein, wenn ich eine Anfrage, viele Anfragen an andere schicke, die sich für ein bestimmtes Thema interessieren. Ich mache das oft so mit Anfragen, die allein aus meiner Feder kommen, wo ich Informationen aus irgendwelchen Bereichen erhalte und denen sage: Freunde, diese Anfrage bringe ich ein!

Ich kann nur dann nicht sagen, wie diese E-Mails in weiterer Folge herumgehen. Dafür kann niemand von uns verantwortlich zeichnen, und das würde ich auch niemand zum Vorwurf machen.

Abgeordneter Mag. Albert Steinhauser (Grüne): Am 19.11. ergibt die Telefonüberwachung ein Gespräch zwischen Ender und Pollack:

Anfrage 2 ist schon im Werden, da wird es dann ziemlich hart, ja.

Pollack sagt: Ach so?

Dann sagt Ender wieder: Ja, ja. Da kommt dann alles zur Sprache, und das läuft alles sehr gut.

Am 20.11.2008, Ender wieder:

Ich bin jetzt gerade dran, dir die zweite Anfrage zu mailen, die an die Außenministerin gerichtet ist. Die ist sehr gut. Und die dritte ist in Arbeit.

Wieder am 20.11., Pollack/Burtsev: Du, morgen kriegst du noch eines an die Justizministerin.

Die Antwort: Du, in jedem Fall ist dieser zweite Weg, den wir jetzt gemacht haben mit den Anfragen ... Und wenn wir jetzt noch den Presse-Artikel machen, geht die Auslieferung ganz sicher.

Wieder am 20.11., Gespräch zwischen Pollack und Ender:

In der letzten Zeit habe ich diese Anfragen mit Berichten von mir dort oweg'schickt. Ich hab' mich auch um einiges gekümmert da. Und jetzt ist da Folgendes gewesen: Der Leonid hat das offensichtlich immer wieder weitergemeldet, und die sind dort hellauf begeistert, sagt der Ender.

Und weiter: Du wirst dort als kleiner Star wahrscheinlich empfangen, als nachrichtendienstliches Wunderkind.

So, dann gibt es wieder eine E-Mail, Pollack an Burtsev: Berndt wird sich im Laufe des morgigen Tages bei dir melden. Er hat heute mit dem Vorsitzenden des Innenausschusses der FPÖ eine weitere Anfrage formuliert. Diese wird am 26. eingebracht werden. Bereits für den Beginn der nächsten Woche erwarten wir die ersten Antworten. – Zitatende.

Meine Frage ist: Wissen Sie etwas, dass der Pollack gemeinsam mit jemand von Ihrer Partei – den Vorsitzenden des Innenausschusses, haben wir schon erklärt, stellen nicht Sie –, ist Ihnen bekannt, dass Pollack mit einem Abgeordneten Ihrer Fraktion, also entweder mit Ihnen als Mitglied des Innenausschusses oder mit Fichtenbauer oder anderen Mitgliedern des Innenausschusses, so wie es hier Pollack schreibt, gemeinsam eine Anfrage formuliert hätte?

Harald Vilimsky: Um Ihre Frage präzise zu beantworten: Nein. Ich mag aber auch den ersten Teil so nicht im Raum stehen lassen. Es hat überhaupt keine Pressearbeit von uns gegeben zur Auslieferung des Herrn Alijew. Das wäre mir völlig neu, dass sich irgendjemand von uns – ich war es mit Sicherheit nicht – geäußert haben sollte, dass der Herr Alijew abzuschieben oder irgendwo in die Fänge der Kasachen zurückzubordern wäre.

Und was mit Anfrage 2 und 3 hier gemeint ist und dann noch einer weiteren Anfrage, ich weiß das nicht. Ich habe Ihnen die drei Anfragen unseres Klubs zur Kenntnis gebracht. Eine Anfrage waren zwei OTS-Meldungen. Wenn irgendjemand so naiv ist, das als „Steuerungselement“ interpretieren zu wollen, und jemand anderer noch einmal doppelt so naiv ist, das irgendwo als großartige Leistung anzuerkennen, dann kann ich nichts und auch kein Mitglied meines Klubs irgendetwas dafür.

Die dritte Anfrage Mayerhofer war ein Excerpt des „profil“. Ich kann das immer nur wieder vor Augen halten, dass das nicht auf Basis irgendwelcher „Steuerungen“ funktioniert hat.

Sogar in dem Fall Blecha, wenn er das wirklich dem Ender gegeben hat, sage ich, ich glaube auch nicht, dass der Karl Blecha, der so lange Mitglied des Hohen Hauses und Innenminister war und jetzt immer noch einer hohen SPÖ-Teilorganisation vorsteht, so naiv sein kann, beim Berndt Ender, den viele von Ihnen kennen, nachzufragen: Hearst, könntest du nicht vielleicht der FPÖ eine Anfrage unterjubeln? – Das ist ja absurd!

Und außerdem behauptete ich, hätte Blecha wirklich irgendwo ein Interesse gehabt, nimmt der diesen Brief der Kasachen oder hätte die kasachische Botschaft selber das an alle Oppositionsparteien schicken können. Und würden Sie als Oppositionspartei

oder das BZÖ so einen Brief nicht nehmen, wo von Geldwäsche und Drogenhandel die Rede ist, und eine parlamentarische Anfrage machen nach dem Motto: Stimmt das?

Ich glaube das nicht, wie das in den Berichten steht. Das ist mein gutes Recht, das so nicht zu glauben. Ich verwahre mich dagegen, dass da irgendwo „Steuerung“ vorhanden gewesen sein soll, und zwar bei Anfragen, die so etwas von offensichtlich harmlos sind, nämlich zwei, wo unser außenpolitischer Sprecher zwei APA-Meldungen reinkopiert und Leopold Mayerhofer ein „profil“-Exzerpt macht.

Wenn dann irgendwo dahinter irgendwelche Wahrnehmungen sein sollten, dass irgendwer das verkauft als politische Leistung jemand anderem gegenüber, erachte ich das – entschuldigen Sie diesen Begriff! – für ***absurd***.

Abgeordneter Mag. Albert Steinhauser (Grüne): Das haben Sie schon gesagt, aber die Kontakte sind evident.

Es geht dann weiter: Telefonüberwachung, 9.1.2009, Gespräch Pollack zu Zadrazil:

Und nächste Woche haben wir ein Meeting mit ein paar Leuten von der FPÖ. – Zitatende. (*Abg. Neubauer: Wo steht das?*) – Die Quelle kann ich Ihnen dann sagen: Telefonüberwachung 13/03.

Dann ein E-Mail, Ender an Pollack, und zwar am 11.1.:

Habe das Material nun mental verdaut. Echt krass. Bernhard vom FPÖ-Klub und Spezialist für Inneres und Justiz wartet schon auf deinen Anruf. – Zitatende.

Ich nehme an, Bernhard ist der Bernhard Rochowanski?

Harald Vilimsky: Möglich! Ich kann nicht ein Telefonüberwachungsprotokoll jetzt da authentisch interpretieren – kann ich nicht, will ich auch nicht. Ich kann nur sagen, der Bernhard Rochowanski ist in unserem Parlamentsklub die zuständige Person für den Bereich Inneres und Landesverteidigung, genießt mein volles Vertrauen. Ich bin mit ihm diese eine Anfrage und auch die anderen minutiös von ihrem Werdegang nachgegangen, wir haben uns das alles noch einmal vor Augen geführt: Wir können bei keiner einzigen Anfrage auch nur ein Quäntchen an Steuerung erkennen.

Abgeordneter Mag. Albert Steinhauser (Grüne): 12.1., es geht wieder weiter:

Pollack: Es hat geklappt mit dem Bernhard. Ich treffe mich morgen um 3 mit ihm.

Ender: Sehr gut, sehr gut! Ja!

Am 13.1. ein Mail von Pollack an Burtsev:

Treffe mich heute um 15 Uhr mit Vertretern des freiheitlichen Parlamentsklubs, werde ihnen Material für den Artikel übergeben. Mein Vorschlag wäre, dass wir vorerst eine Meldung in der Austria Presse Agentur veröffentlichen werden. – Zitatende.

Können Sie dazu etwas sagen?

Harald Vilimsky: Erstens: Es ist keine Meldung in der Austria Presse Agentur erfolgt.

Abgeordneter Mag. Albert Steinhauser (Grüne): Das war offensichtlich die Intention.

Harald Vilimsky: Das Zweite: Ich habe Herrn Rochowanski gefragt, Stichwort Treffen Pollack:

Es hat einmal auf Anraten des Herrn Ender ein Treffen gegeben zwischen Rochowanski und Pollack. Da hat der Herr Pollack – hat mir Bernhard Rochowanski berichtet – eine wilde Geschichte über die Nurbank und irgendwelche Sachen in Kasachstan zum Besten zu geben versucht. Sowohl er als auch ich haben das als vollkommen bedeutungsirrelevant erachtet, haben das einfach, so wie viele andere Informationen, die an uns ergehen, an uns vorbeiziehen lassen, ohne wirkliche Beachtung.

Das war das erste, das letzte und das einzige Treffen. Es hat im Klub kein Treffen gegeben.

Abgeordneter Mag. Albert Steinhauser (Grüne): Es ist interessant, am 15.1. gibt es wieder ein E-Mail, Pollack an Burtsev:

Morgen bekomme ich einen neuen Entwurf für die APA-Aussendung zu sehen. Ich werde dir diesen übermitteln, und du hast die Möglichkeit, vor Veröffentlichung noch zu korrigieren, beizufügen und zu ändern. Berndt ist seit gestern Nacht auch wieder in Wien und kümmert sich um die Pressearbeit. Weiters ist er dabei, gemeinsam mit den Leuten von der FPÖ die Pressekonferenz für die Generalprokurator vorzubereiten.

Harald Vilimsky: Stimmt alles von hinten bis vorne nicht. Es gibt keine Pressemeldung dazu, es gibt keinen Entwurf für eine Pressemeldung. Und mir ist eine Pressekonferenz ...

Abgeordneter Mag. Albert Steinhauser (Grüne): Hat es die Absicht gegeben, eine OTS zu verfassen?

Harald Vilimsky: Nein. Das würde nicht an mir spurlos vorbeigehen, zumal ich nicht nur Generalsekretär bin und Pressemeldungen im Prinzip, wenn sie jetzt außerhalb des Normalen stünden, zu meiner Kenntnis zu bringen wären, sondern vor allem als Sprecher für innere Angelegenheiten. Mir ist nicht bekannt, dass wir so etwas gemacht hätten.

Abgeordneter Mag. Albert Steinhauser (Grüne): Dann geht es um diese geplante Pressekonferenz seitens der FPÖ (**Harald Vilimsky:** *Die nie stattgefunden hat!*) mit einer Delegation aus Kasachstan, von der Sie nichts wissen und die hier angesprochen war. Da gibt es wiederum ein Mail Pollack an Burtsev vom 27.1.:

Seitens der FPÖ im Parlament ist nach dem Interview mit Kuch, ein Journalist, eine Pressekonferenz vorgesehen. (**Harald Vilimsky:** *Nein!*)

Dann gibt es wieder ein Mail von Wendelin Mölzer an Ender, am 29.1.:

Anbei übermittle ich dir die Anfragebeantwortung in Sachen Kasachstan.

Harald Vilimsky: Es hat keine Pressekonferenz gegeben, es hat keine Absicht gegeben, eine Pressekonferenz zu machen. Und Anfragen von mir ergehen an so viele Leute zur Information.

Abgeordneter Mag. Albert Steinhauser (Grüne): Das heißt, die FPÖ hat die Anfragen dann, als sie eingetroffen sind, offensichtlich unmittelbar an Ender weitergeleitet?

Harald Vilimsky: Na selbstverständlich! So wie die meisten Anfragen von der Beantwortung her an viele Leute ergehen. Ich muss ja ein Bewusstsein schaffen mit einer Anfragebeantwortung. (Abg. Dr. **Graf:** Zuerst leitet es die Präsidentin an den Anfragesteller weiter!)

Abgeordneter Mag. Albert Steinhauser (Grüne): Ist es richtig, dass die Anfragebeantwortung der Innenministerin hinsichtlich Ihrer Anfrage aus datenschutzrechtlichen Gründen wenig Ergiebiges gebracht hat?

Harald Vilimsky: Ja, das war mir von Anfang an klar, denn wenn tatsächlich Ermittlungen gelaufen sind – ich wollte nur die Bestätigung haben, dass Ermittlungen im Laufen sind –, kann sie natürlich nichts sagen, das ist ganz klar. Ich wollte nur wissen, ob das Schreiben der kasachischen Botschaft ein authentisches ist, ob das nicht irgendwo gerutscht ist und irgendwo vielleicht unter den Teppich gekehrt wird. Aber nein, ich habe die offizielle Bestätigung der Frau Minister erhalten, dass a) dieses Schreiben eingelangt ist und b) Ermittlungen laufen.

Und ab dem Zeitpunkt habe ich gesagt in sehr verantwortungsvoller Art und Weise, da mache ich nichts mehr, um diese Ermittlungen nicht zu irritieren – und habe auch nichts mehr gemacht.

Abgeordneter Mag. Albert Steinhauser (Grüne): Am 29.1. wird es in einer Telefonüberwachung eines Gesprächs Pollack/Ender von Ender anders dargestellt. Da sagt er:

Du, die Innenministerin, hat aus datenschutzrechtlichen Gründen die Aufenthalts geschichte nicht beantworten können. Ja, dann wird das ein Fall für den Unterausschuss werden, weil dort muss sie alles sagen. Und dort erfahre ich das ohnehin. – Zitatende.

Das heißt, es ist davon auszugehen, dass Ender in diesem Gespräch davon ausgeht, dass er die Ergebnisse der vertraulichen Beratung im Unterausschuss von irgendjemandem mitgeteilt bekommen wird.

Sind Sie Mitglied dieses Unterausschusses zur Kontrolle des BVT, wo so etwas erörtert werden könnte?

Harald Vilimsky: Ja, aber erst seit vergangenem Herbst. Als der erste vertrauliche Ausschuss getagt hat, ...

Abgeordneter Mag. Albert Steinhauser (Grüne): Seit vergangenem Herbst – das heißt seit Herbst 2008.

Harald Vilimsky: Genau, seit vergangenem Herbst bin ich Mitglied dieses Ausschusses. Und der erste Ausschuss war – ich kann ja inhaltlich darüber nichts sagen, nur vom äußeren Wahrnehmungsbereich her –, wie erstmals der BVT-Bericht zur Kenntnis gebracht wurde. Da war ich allerdings gerade in Marokko in der Wüste Motorrad fahren, also weit weg. Und dann beim zweiten Termin – das muss gewesen sein Anfang Juli oder was – war ich das erste Mal in meinem parlamentarischen Leben in diesem Ausschuss.

Abgeordneter Mag. Albert Steinhäuser (Grüne): Sie sagen, Sie sind seit Herbst 2008 Mitglied. Das E-Mail ist vom 29.1.2009, also damals waren Sie schon Mitglied.

Harald Vilimsky: Ja, aber es hat keine Sitzung gegeben.

Abgeordneter Mag. Albert Steinhäuser (Grüne): Wie kommt der Herr Ender – ich weiß schon, das werden Sie jetzt nicht beantworten wollen – zur Annahme, dass er Informationen aus dem vertraulichen Unterausschuss zur Kontrolle des BVT bekommen kann?

Harald Vilimsky: Ich kann und will nicht in die psychologische Person Ender eindringen und sie bewerten. Ich kann Ihnen nur raten, laden Sie den Herrn Ender ein, das habe ich Ihnen eindrücklich mit auf den Weg gegeben, um auch zu hinterfragen und zu verifizieren, ob es der Karl Blecha war, der ihm das gegeben hat.

Mit Sicherheit kenne ich unsere Mitglieder des Unterausschusses zum Innenausschuss, also den Herrn Rochowanski, aus denen kitzelt man aus diesem Ausschuss nichts heraus. Genauso wie aus dem Nationalen Sicherheitsrat. Ich würde gerne viele Dinge sagen, da ich im letzten Nationalen Sicherheitsrat zur Causa der Beeinflussung war und dort Dinge gehört habe, die ich sehr gerne an die Öffentlichkeit bringen würde. Ich habe sie nicht einmal Journalisten unter der Hand indirekt mitgeteilt. Von uns, da lege ich meine Hand ins Feuer, kommt aus diesem Ausschuss **nichts** raus. Von anderer Seite offenbar schon, sonst wäre ja nicht die Medienwelt gefüttert worden mit dem Namen Vilimsky, FPÖ, wo irgendwo Interessenlagen im Hintergrund sein sollen, um offensichtlich abzulenken von anderen Geschichten, die seitenweise die Akten füllen.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ich möchte nur ein paar Sachen noch ergänzend fragen.

Herr Kollege Vilimsky, Sie sind ja Ersatzmitglied des Ausschusses, haben also auch Aktenzugang. Sie haben sich auch einiges der Akten anschauen können. Ist Ihnen bekannt geworden – ich gehe davon aus, dass Sie das zur damaligen Zeit nicht gewusst haben können –, dass die offizielle kasachische Seite, also der Führungsoffizier Burtsev und so weiter, eine Doppelstrategie gefahren hat, weil immer wieder die Rede ist, die Strategie bestünde aus **zwei Schienen**.

Können Sie dem Ausschuss sagen, aus welchen Schienen Ihres Wissens, Ihres nachträglichen Wissens diese kasachische nachrichtendienstliche Strategie bestanden hat?

Harald Vilimsky: Ich will jetzt nichts sagen, was vielleicht zu einer kleinen Beeinträchtigung der diplomatischen Beziehungen der Republik Österreich zu Kasachstan führt. Ich habe nicht die Zeit, mich in diese Sache so hineinzudenken, und ich bin dem auch nicht nachgegangen. Ich habe, wo Missstände im Bereich der Verwaltung der Republik Österreich waren, strafrechtlich relevante Dinge, Stichwort: Geldwäsche, Drogenhandel, meine parlamentarische Arbeit gemacht. Und was sich im geheimdienstlichen und nachrichtendienstlichen Bereich der Republik Kasachstan ereignet, sich damit zu beschäftigen, das ist die Aufgabe von anderen – nicht von mir, dafür habe ich nicht die Zeit. Ich weiß es einfach nicht.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ist ja kein Problem. Ich kann es Ihnen sagen. Am 2. November 2008 hat es ein E-Mail von Pollack – das ist dieser Polizeibeamte, der das Verfahren gehabt hat – an den Nachrichtendienstoffizier Burtsev gegeben, und

da werden die zwei sogenannten Strategielinien besprochen. Das zieht sich eigentlich durch die gesamten E-Mails und Telefonüberwachungen und alles durch: eine Doppelstrategie des kasachischen Nachrichtendienstes, nämlich erstens Ausforschung der betreffenden Personen und zweitens Wechsel im Meinungsbild.

Zur Ausforschung der betreffenden Personen können Sie dem Ausschuss mit Sicherheit nichts mitteilen, das ist eine völlig andere Geschichte, die betrifft Pollack und andere Polizeibeamte. Das sind offensichtlich die Vorbereitungshandlungen zu den versuchten Entführungen.

Ich möchte das von vornherein ganz sauber voneinander trennen, denn das Einzige, was mit dem FPÖ-Klub zu tun hat, ist der zweite Teil, nämlich die Absicht des kasachischen Nachrichtendienstes, einen Wechsel im Meinungsbild herbeizuführen. Da zitiere ich jetzt noch einmal etwas umfangreicher aus diesem ersten E-Mail vom Polizisten Pollack an den Nachrichtendienstoffizier Burtsev vom 2. November 2008:

Die zweite Schiene, die wir gemeinsam mit Berndt fahren –

das ist offensichtlich Berndt Ender –,

hat bereits etwas gebracht. Zum einen konnte der Vorsitzende des Innenausschusses Dr. Fichtenbauer für eine parlamentarische Anfrage an das Innenministerium gewonnen werden. – Zitatende.

Es kommt dann später immer wieder so ein kleiner Vorgriff auf die späteren Ergebnisse der Telefonüberwachung. Es kommt immer wieder der Hinweis: direkte Kontakte mit Dr. Fichtenbauer, nicht über irgendwelche Mittelpersonen, das wird später noch viel, viel deutlicher, und er konnte gewonnen werden für diese Vorgangsweise im Bereich der sogenannten zweiten Schiene.

Haben Sie Herrn Dr. Fichtenbauer gefragt oder ist versucht worden, im freiheitlichen Klub zu klären, welcher Art die Kontakte, die Beziehungen zwischen Dr. Fichtenbauer und dem genannten Personenkreis, die diese zweite Schiene im Interesse der kasachischen Seite betrieben haben, waren?

Harald Vilimsky: Ich habe ihn gefragt. Er hat mir dazu überhaupt keine Personen nennen können, die er da kennt, und gesagt, dass er sich in dem ganzen Themenkreis überhaupt nicht auskennt.

Ganz ehrlich: Wenn irgendwo ein Polizist auf Möchtegern-Agent macht und den Vorsitzenden des parlamentarischen Innenausschusses Fichtenbauer für irgendein Handeln will gewonnen haben und irgendjemand anderer ihm das glaubt, dann sind das Dinge von einer Schmierenhaftigkeit, die ich nicht kommentieren will. Wenn jemand Agent ist – egal für wen – und nicht einmal weiß, wer der Innenausschussobmann ist, wenn der andere es auch nicht weiß und auf Basis dieser Informationen herumgewichtelt wird, ist das etwas, was die Behörden zu interessieren hat – da gebe ich Ihnen recht –, mit Sicherheit aber ***nicht*** die Politik.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Gut, ich halte fest: Das ist bei Ihnen nicht geklärt worden, wir müssen da den Dr. Fichtenbauer ...

Harald Vilimsky: Ich habe ihn gefragt!

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ja, klar, das ist ohnehin bei Protokoll: Sie haben Dr. Fichtenbauer gefragt, er hat Ihnen keinen Hinweis auf irgendwelche Verbindungen zu Kasachen oder Ender oder sonst irgendwem oder Pollack gegeben. Alles andere müssten wir Dr. Fichtenbauer fragen, weil ja nicht Sie in Vertretung des Dr. Fichtenbauer die Fragen des Ausschusses beantworten können. (Abg. Dr. Rosenkranz: ... als Vorsitzender des Innenausschusses! – Weitere Zwischenrufe.)

Harald Vilimsky: Vielleicht ist Otto Pendl gemeint als Vorsitzender des Innenausschusses, das ist ja auch eine Möglichkeit. Trotz der Person ... (Abg. Mag. Lapp: Die schauen sich ja so ähnlich! – Weitere Zwischenrufe.)

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Die Fichtenbauer-Pendl-Verwechslung wäre eine neue Qualität der parlamentarischen Arbeit.

Kollege Steinhauser hat es bereits zitiert, da heißt es dann weiter: Als wir ihm beziehungsweise einem Mitarbeiter von ihm dieses Schreiben an Dr. Buxbaum vorlegten, kannte dieser Mann das bereits. – Dazu sind Sie schon befragt worden.

Am 19. November mailt der Polizeibeamte Pollack an den Nachrichtendienstoffizier Burtsev – ich zitiere wieder wörtlich –:

Ich habe gestern im Klub der FP Österreich Erkundigungen betreffend der parlamentarischen Vorgangsweise eingeholt. – Zitatende.

Das heißt, er sagt, er war offensichtlich persönlich im FPÖ-Klub ...

Harald Vilimsky: Pollack oder Ender?

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Pollack. (*Harald Vilimsky: Pollack!*) Er war offensichtlich im FPÖ-Klub, das behauptet er zumindest. Ich nehme an, der „Klub der FP Österreich“ wird der freiheitliche Parlamentsklub sein.

Diese Unterlage liegt seit Beginn des Ausschusses auch dem freiheitlichen Parlamentsklub vor. Ich gehe davon aus, dass Sie auch da Nachforschungen angestellt haben, ob am 19. 11. und auch danach der später in einem Verfahren beschuldigte Polizeibeamte Pollack, dessen Zusammenarbeit mit dem kasachischen Nachrichtendienst inzwischen bekannt ist, behauptet, im FPÖ-Klub gewesen zu sein und ab 19. 11. „Erkundigungen betreffend der parlamentarischen Vorgangsweise eingeholt“ zu haben.

Was ist Ihnen darüber bekannt?

Harald Vilimsky: Der Einzige der Genannten, der ab und zu im freiheitlichen Parlamentsklub war, ist Berndt Ender.

Pollack: Da weiß niemand etwas.

Es gibt niemand bei uns, der irgendwo im Bereich des freiheitlichen Parlamentsklubs Kontakte zu Herrn Pollack gehabt hätte.

Der Einzige von uns, der Kontakt – einmalig, über die Dauer einer Stunde – zu Herrn Pollack hatte, war Mag. Bernhard Rochowanski. Das war das Treffen im Cafe Eiles, da hat Herr Pollack eine wilde Geschichte über die Nurbank erzählt. Sowohl Rochowanski als auch ich haben gesagt: Es interessiert uns nicht!

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Es ist keine Kleinigkeit, wenn – Sie kennen ja das Verfahren – der beschuldigte Polizeibeamte Pollack sagt: Na ja, ich war da im Parlamentsklub der FPÖ und habe mich einmal erkundigt, wie die parlamentarische Vorgangsweise ist.

Später geht es dann um konkrete Anfragen, wobei er auch kontaktmäßig alles Mögliche behauptet.

Ist es richtig, dass Sie sagen, das ist überprüft worden, und es gibt niemanden, der mit Herrn Pollack im FPÖ-Klub – weil das ja so klingt: im Klub selbst – Kontakt gehabt hat? Ist das richtig?

Harald Vilimsky: Ja.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Jetzt gibt es zwei Möglichkeiten: Entweder Sie sind im eigenen Klub von zumindest einer Person nicht voll informiert worden, oder Herr Pollack sagt die Unwahrheit. Denn ich gehe nicht davon aus, dass er inkognito da war und inkognito über die Vorgangsweise gesprochen hat. – Lassen wir das ruhig einmal so stehen.

Dann behauptet er in diesem E-Mail vom 19. 11., nämlich Pollack an den Nachrichtendienstoffizier Burtsev – ich zitiere weiter –:

Und übermittel dir nachstehend den Inhalt der an die Innenministerin vom Abgeordneten zum Nationalrat Mayerhofer übermittelte Anfrage betreffend Mussajew.

Dann wird in der E-Mail der Text der Anfrage wiedergegeben; das ist am 19. 11., das haben wir hier. Die Anfrage hat bei ihrer offiziellen Einbringung den Eingangsstempel 26. November, und am 27. November ist die Einbringung bestätigt worden. Da haben wir aber ein Dokument, das wesentlich früher datiert ist.

Wie erklären Sie sich das, dass Herr Pollack beziehungsweise Herr Burtsev diesen Anfragetext offensichtlich bereits etwa eine Woche **vor** der Präsidentin des Nationalrates hatte?

Harald Vilimsky: Darf ich fragen, welche Anfrage da gemeint ist?

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Das ist von den dreien die Anfrage Mayerhofer, und zwar betreffend Mussajew.

Harald Vilimsky: Ich kann nur von meiner Praxis im Umgang mit parlamentarischen Materialien sprechen. Da ist es so, dass bei mir Anträge und Anfragen **oft**, bevor sie offiziell irgendwo eingelangt sind, andere erreichen. Das ist ja keine Geheimaktion! Eine Anfrage soll irgendwie einen Öffentlichkeitscharakter haben. (*Abg. Neubauer: Sonst kann man nicht fünf Leute unterschreiben lassen!*)

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Das will ich ja alles nicht ausschließen. Aber wie bekommt das ...?

Harald Vilimsky: Ich kann jetzt meine Mutmaßungen haben: vielleicht, ob es irgendjemand einmal gemalt hat, derjenige weiter, und der andere noch einmal weiter. Das kann ich Ihnen nicht sagen.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Schauen Sie, Kollege Vilimsky, ich kann ja nur von den Fakten ausgehen: Der Text einer parlamentarischen Anfrage, die eine Woche später auch genau so eingebracht worden ist, findet sich im Anhang eines E-Mails des Polizisten Pollack an den Nachrichtendienstoffizier Burtsev.

Das ist ja im Zusammenhang mit diesem Verfahren nicht irgendwer, sondern das sind Personen, die – zumindest meiner Meinung nach zu Recht – Objekte eines Verfahrens des Verfassungsschutzes waren.

Jetzt ist es ja nicht nur für den FPÖ-Klub nicht unerheblich, draufzukommen, wie der kasachische Nachrichtendienstoffizier eine Woche **vor** der ordentlichen Einbringung dieser Anfrage durch die unterzeichnenden FPÖ-Abgeordneten zum **Text** dieser Anfrage kommt, und zwar zum **richtigen** Text dieser Anfrage. Das ist meines Wissens bis heute nicht geklärt.

Harald Vilimsky: Ja, aber es ist ein üblicher Vorgang. Ich erhalte regelmäßig Anrufe und Hinweise von Bürgern, die irgendwelche Missstände betreffen, und kann immer wieder auch sagen: Ja, ich gehe dem Ganzen mit einer parlamentarischen Anfrage nach; die habe ich jetzt fertig, nächste Woche bringen wir sie ein, aber ich schicke Sie Ihnen vorab zur Begutachtung, damit Sie sehen, dass wir da etwas machen, und halte Sie auch auf dem Laufenden darüber, was die Antwort ist. Das ist ja nichts Unübliches! (Abg. **Neubauer:** Wie bei Öllinger/Sailer!)

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Okay, Kollege Vilimsky, es ist also nichts Unübliches, den Anfragetext vorher anderen Personen zu übermitteln. Jetzt ...

Harald Vilimsky: Wer dann etwas wohin weiterschickt, weiß ich nicht.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Okay, dann bleiben wir bei dieser Frage: Wem ist dieser Anfragetext von Mitarbeitern oder Abgeordneten des FPÖ-Klubs nicht nur vor der Einbringung, sondern auch vor der Übersendung an den kasachischen Nachrichtendienst übermittelt worden?

Harald Vilimsky: Wenn ein Herr Pollack, der jetzt ins Visier von Ermittlungen geraten ist, das jemand anderem weitermailt, bin ich davon überzeugt, dass viele Anfragen an irgendwelche Nachrichtendienstoffiziere ergehen, ohne dass die Betreffenden wollen, dass es an Nachrichtendienstoffiziere ergeht. Ich weiß nicht, wie viele Schwerkriminelle sich die Anfragebeantwortungen von der Parlaments-Homepage herunterladen. Das ist ja auch ein absolut erlaubter Vorgang. Ich sehe darin überhaupt kein Problem.

Ich glaube, dass gerade eine parlamentarische Anfrage – egal, von welcher Fraktion sie kommt, und egal, zu welchem Thema sie gestellt wird – eine Entstehungsgeschichte hat. Diese Entstehungsgeschichte ist vielleicht ein Hinweis, es ist vielleicht eine Idee, es sind vielleicht Informationssplitter. Es ist wohl natürlich, dass ich, bevor diese Anfrage offiziell eingebracht wird, mit allen fünf Unterschriften, sie an andere schicke, einfach zur Vorab-Begutachtung, vielleicht zur Ideensammlung oder was auch immer. Das ist etwas absolut Normales.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Na ja, zwei Sachen geben schon einen Hinweis. Das eine ist dieses E-Mail von Pollack an den Führungsoffizier Burtsev, in dem er am selben Tag, im selben Mail, in dem im Anhang dieser Anfragetext bereits eine Woche **vor** der offiziellen Einbringung drinnen ist, selbst schreibt: Ich habe gestern im Klub der FPÖ Österreich Erkundigungen betreffend ... (**Harald Vilimsky:** Ja, aber ...)

Das Zweite ist – und dazu möchte ich Sie auch befragen –: Am selben Tag gibt es ein E-Mail von Wendelin Möller an Berndt Ender. – Können Sie dem Ausschuss sagen, wer Wendelin Möller ist?

Harald Vilimsky: Wendelin Möller – das habe ich an sich schon gesagt – ist Mitarbeiter im freiheitlichen Parlamentsklub.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Eben! Ich zitiere noch einmal: Am selben Tag Möller an Ender; da haben wir ja Pollack an Burtsev! Das heißt, das geht parallel dazu. Da ist ja gar nicht Pollack beteiligt, da wendet sich jetzt Möller, ein Klubmitarbeiter ...

Harald Vilimsky: Ja, aber die Person Ender war zum Zeitpunkt der damaligen Betrachtung nichts Verwerfliches, er war laut seinem Curriculum eine honorige Person, von Kreisky bis ORF! Es gab keinen Anlass, da irgendwo die Verdachtslage zu haben, dass er das irgendjemand weiterschickt. Wobei auch Ender nicht verantwortlich gemacht werden kann, wenn es dann irgendein Polizist irgendjemand anderem weiterschickt. Das ist ja keine gehaltvolle Wertung der Angelegenheit.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Damit es kein Missverständnis gibt: Mich interessiert schlicht und einfach eines. Da gibt es eine zweite Schiene des kasachischen Nachrichtendienstes ...

Harald Vilimsky: Die mit uns nichts zu tun hat!

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): ... für die offensichtlich, jetzt einmal unseres Wissens, ausschließlich Pollack und Ender auf sehr unterschiedliche Art und Weise tätig sind. Die richten sich an freiheitliche Abgeordnete und an Mitarbeiter des freiheitlichen Parlamentsklubs. Wir haben bis jetzt den Abgeordneten Fichtenbauer, wir haben die Namen von Mitarbeitern, und nun meldet der Mitarbeiter des freiheitlichen Parlamentsklubs dem Journalisten Ender, der an dieser sogenannten zweiten Schiene beteiligt ist, Folgendes – ich zitiere noch einmal –:

Anbei die beiden Anfragen zu Kasachstan. Die an das BMI wurde bereits eingebracht, die an das Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten wird erst eingebracht.

Da haben wir es jetzt zum zweiten Mal am selben Tag: Schau her, lieber Kollege Ender – wieder zweite Schiene –, da haben wir eine Anfrage, eine fertige Anfrage, die wird erst eingebracht. Zwei Mal am selben Tag! (**Harald Vilimsky:** Ja!) – Deswegen scheint zumindest mir eines ziemlich plausibel zu sein: Diese Anfragen, diese fertigen Anfragen der FPÖ, die erst eine Woche später eingebracht worden sind, haben keine riesigen Umwege über das allgemeine Publikum gemacht, sondern offensichtlich hat sie ein Mitarbeiter gleich direkt an Herrn Ender geschickt.

Harald Vilimsky: Genau so, wie es bei vielen Anfragen der Fall ist! (**Abg. Dr. Pilz:** Ja, klar!)

Herr Pilz, ich könnte auch an Sie die Frage stellen: Wieso haben Sie zu der ganzen Kasachen-Geschichte nichts gemacht? – Das war ein primäres Thema der Innenpolitik, und Sie sind Sicherheitssprecher. Das wäre genauso eine Mutmaßung von mir.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Weil wir ein bisschen aufpassen, mit wem wir es zu tun haben! (**Abg. Dr. Graf:** Ach!) Schlicht und einfach. Ich versuche ...

Harald Vilimsky: Aber Sie haben ja selbst einen Kontakt zu Berndt Ender gehabt, oder? (Abg. Dr. Pilz: Herr Kollege Vilimsky ...) Das ist mir vielfältig berichtet worden. (Abg. Dr. Graf: ... gilt auch für Herrn Sailer! Alles gewusst! – Weitere Zwischenrufe.)

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Herr Kollege Vilimsky, ich sage es Ihnen ganz offen: Mein persönlicher Eindruck war – und ich antworte gerne auf Ihre Frage –, dass beide kasachischen Seiten in dieser Zeit versucht haben, politische Parteien des österreichischen Nationalrates zu instrumentalisieren. Ich habe in keiner Phase der Geschichte den Eindruck, dass sie bei allen Parteien ... – Nein, sagen wir einmal, sie waren auf sehr unterschiedliche Art und Weise erfolgreich. Ich sage Ihnen meinen persönlichen Eindruck.

Bei der SPÖ ist es aufgrund der Aktenlage etwas schwer zu beurteilen. Da würde es sich lohnen, nachzufragen, nicht nur im Komplex Blecha. Da habe ich eher eine ganze Liste offener Fragen.

Bei der Freiheitlichen Partei habe ich den Eindruck, dass man – und das ist ja auch Ihre Parteifarbei – mit **größter Blauäugigkeit** mit dieser Geschichte umgegangen ist. Da ist diese Instrumentalisierung – und ich finde keinen Hinweis darauf, dass Sie mit großer Begeisterung oder Überzeugung oder wissentlich dabei waren – in bestimmten Bereichen offensichtlich teilweise oder ganz gelungen.

Bei der ÖVP habe ich persönlich einen vollkommen anderen Eindruck, nämlich den, dass bestimmte Teile der ÖVP, insbesondere der niederösterreichischen ÖVP, des Direktors des Bundeskriminalamtes und Leute in der Nähe des Innenministers, sehr bewusst eine bestimmte kasachische Seite, nämlich die des Herrn Alijew, unterstützt und Aufenthaltsbewilligungen in einer Art und Weise erteilt haben, wie sich das gut integrierte junge Menschen in Österreich – ohne den kriminellen Leumund des Alijew-Umfeldes! – nur wünschen könnten.

Da habe ich also den Eindruck, dass sehr wohl Interessenspolitik betrieben worden ist und dass es gute Gründe gibt, warum die Regierungsmehrheit in diesem Untersuchungsausschuss verhindert, dass die Auskunftspersonen geladen werden, die die heikelsten Spuren beschreiben könnten – und die führen ins Innenministerium und in die Österreichische Volkspartei Niederösterreich! Ich halte das mit Abstand für die wichtigsten Spuren in diesem Zusammenhang, und merke abschließend nur dazu an, dass es mich wirklich wundert, mit welcher Selbstaufopferung die sozialdemokratische Fraktion hier diese Politiker und diese Beamten dieser politischen Partei in Schutz nimmt.

Aber okay, diese Beschlüsse sind zu respektieren: Auskunftspersonen, die die ÖVP belasten könnten, dürfen nicht mehr geladen werden! Deswegen sitzen eben Sie da und nicht der Direktor des Bundeskriminalamtes, nicht der damalige Innenminister, nicht Vertreter des Kabinetts (Abg. Amon: Ist das eine Frage, oder was ist das?), nicht der Sicherheitsdirektor von Niederösterreich, nicht der niederösterreichische Landeshauptmann, nicht der Bezirkshauptmann von Horn, nicht die Beamten, die für die Aufenthaltsbewilligungen in Horn zuständig waren. Und auch nicht die Beamten der MA 35 in Wien, die uns erklären könnten, warum sie die Aufenthaltsbewilligungen **nicht** erteilen wollten und gesagt haben: Nein, bitte schön, in Wien wollen wir diese Burschen rund um den Herrn Alijew nicht haben!

Aber in Niederösterreich ging es binnen eines Tages, bei einer Quote ... – Wissen Sie, was die Quote ist? Das habe ich mir angeschaut: 20 Personen kommen pro Jahr in

den Genuss dieser Quote! Dort, wo die Beamten des Herrn Dr. Pröll in Niederösterreich gesagt haben: Na, bei den 20 müssen die Leibwächter des Herrn Alijew schon dabei sein!

Wenn sonst Unternehmer und Unternehmerinnen **nichtösterreichischer** Abstammung in erfolgreichen Betrieben (*Zwischenrufe bei der ÖVP*) ihre Familienmitglieder nachkommen lassen wollen, sagen ihnen niederösterreichische Behörden: Leider, die Quote von 20 ist ausgeschöpft! Aber die Alijew-Leute, die man verdächtigt, an schwersten Verbrechen in Kasachstan beteiligt gewesen zu sein, müssen natürlich **innerhalb eines Tages** Aufenthaltstitel bekommen, bei einer Quote von 20 Personen pro Jahr!

Aber dazu kann ich Sie nicht befragen. Auch wenn ich den Akten viel entnehmen kann: Irgendeinen Versuch, einem Verdächtigen aus Kasachstan auf die schnellste Tour einen Aufenthaltstitel in Niederösterreich zukommen zu lassen, kann ich Ihnen wirklich nicht unterstellen! Deswegen werde ich Sie dazu auch nicht fragen. Das ist jetzt – Entschuldigung! – eine etwas ausführliche Antwort auf eine Gegenfrage von Ihnen gewesen. Ich komme wieder zu dem Ganzen zurück. (*Abg. Amon: Das sind schwerste Beschuldigungen! Zur Geschäftsbehandlung! – Weitere Zwischenrufe bei der ÖVP.*)

Mir tut es persönlich leid, dass wir zu den Hauptfragen dieses Ausschusses leider keine Auskunftspersonen bekommen.

Damit müssen wir uns auch zu dieser meiner Meinung nach sehr wichtigen Frage begnügen: Konnten Mitglieder und Mitarbeiter einer parlamentarischen Fraktion ohne ihr Wissen durch Angehörige des kasachischen Nachrichtendienstes beziehungsweise diesem zuzuordnende Personen missbraucht werden? – Dann können wir eben nur zu diesem Thema fragen.

Harald Vilimsky: Ich kann das nicht im Raum stehen lassen, Herr Dr. Pilz! (*Abg. Dr. Pilz: Bitte?*) Es ist mit Sicherheit niemand von uns missbraucht ... – Entschuldigung, der Herr Vorsitzende.

Obmann Dr. Martin Bartenstein: Wenn im Moment der Redefluss kurz unterbrochen ist – zur Geschäftsbehandlung: Abgeordneter Amon.

Abgeordneter Werner Amon (ÖVP) (*zur Geschäftsbehandlung*): Ich finde es bemerkenswert, in welchem Redefluss ungebrochenerweise Herr Dr. Pilz hier gegen alle und jeden Anschuldigungen erheben kann, die **nicht** Gegenstand der Untersuchung sind. Da werden **schwerste Vorwürfe** erhoben, die zugelassen werden! Ich kann, ehrlich gesagt, nur staunen über die Großzügigkeit, und ich hoffe, dass diese dann für alle Fraktionen gilt.

Abgeordneter Mag. Dr. Martin Graf (FPÖ) (*zur Geschäftsbehandlung*): Ich muss hier, ganz gegenteilig zum Kollegen Amon, schon festhalten, dass das sehr, sehr wichtig war, was Herr Abgeordneter Kollege Pilz erzählt hat. Er hat tatsächlich dezidiert erzählt, wie sich die Vorgehensweise seitens der grünen Abgeordneten in Fragen der Informationsaufnahme und der Informanten darstellt.

Dr. Pilz hat hier im Ausschuss gesagt – und das wird sicher Eingang in den Bericht finden –, dass bei den Grünen **jeder Informant überprüft** wird ob seiner Herkunft, welche Informationen er hat, und dass man die Informanten nicht – er hat es „blauäugig“ genannt – ohne Hinterfragen hennimmt, um dann entsprechende parlamentarische Anfragen einzubringen. Insofern ist das Ergebnis ganz, ganz

wesentlich und toll, denn was er hier gesagt hat, ist letztendlich das Thema, dass der grüne Parlamentsklub und auch Herr Öllinger gewusst haben, wer Herr Sailer ist – was bislang von den Grünen offensichtlich immer anders dargestellt wurde.

Insofern bin ich sehr, sehr dankbar dafür, dass Herr Pilz heute diese Befragung hier so vorgenommen hat. Es ist ja auch Aufgabe eines Untersuchungsausschusses, die Untersuchungsgegenstände aufzuklären.

Obmann Dr. Martin Bartenstein: Damit sind wir durch dieses kurze Geschäftsbehandlungs-Intermezzo durch.

Es ist richtig, dass die Ausführungen des Abgeordneten Pilz diesmal besonders lang waren und wohl nicht mehr als Vorhalt zu klassifizieren waren. Dem steht meine prinzipielle Zurückhaltung gegenüber, Abgeordneten ins Wort zu fallen und einzugreifen. Aber ich möchte Sie ersuchen, derartige Vorhaltungen erstens einmal kürzer zu fassen und zum Zweiten näher am Untersuchungsgegenstand zu halten.

Bitte, Herr Abgeordneter Vilimsky, Sie waren am Wort.

Harald Vilimsky: Ich möchte ganz kurz auf Herrn Abgeordneten Pilz replizieren. Ich gebe ihm in einem recht: dass nämlich sowohl die offiziell kasachische Seite als auch die Alijew-Seite ganz massive Interessenlagen hatten, die diametral auseinandergestanden sind, und alle möglichen Leute versucht haben, irgendwo zu beeinflussen, von Regierungsparteien bis hin zu Medien. Das ist auch etwas, das wir erfahren haben.

Aber, Herr Pilz, ich hoffe, Sie sind nicht so blauäugig, zu glauben, dass es ein Erfolg des kasachischen Geheimdienstes ist, einem kleinen Oppositionsabgeordneten eine Anfrage einzureden und damit die Republik zum Wanken zu bringen. Ich hoffe, dass Sie dieser Geschichte den notwendigen Ernst beimessen. Das kann nicht ernst von Ihnen gemeint sein.

Wenn Sie die Sache halbwegs ernst nehmen, dann gehen wir von mir aus davon aus, dass Anfragen, die wir konzipiert haben, an andere geschickt wurden, die diese wiederum anderen geschickt haben, und irgendjemand hat sie dann vielleicht irgendwo Geheimdienstleuten geschickt. Das mag sein, aber für diejenigen, die im geheimdienstlichen Bereich tätig sind, muss das ja ein Clever & Smart-Agentenkrimi sein, wo der Vorsitzende des parlamentarischen Innenausschusses Fichtenbauer gewonnen wird von irgendwelchen Pressekonferenzen und Aktionen, die es allesamt nie irgendwo gibt.

Dass Anfragen von uns im Stadium ihrer Werdung an unterschiedliche Leute gehen, dazu stehe ich. Solange das nicht verboten ist, mache ich das auch weiterhin. Das macht jeder Abgeordnete so, weil er natürlich zusätzliche Inputs für seine parlamentarischen Initiativen möchte. Dann aber kann doch niemand mehr verantwortlich zeichnen, wenn das in weiterer Folge noch fünf Mal irgendwohin geht.

Da erwarte ich mir eher vom BVT – wenn solche Wahrnehmungen und solche Telefonüberwachungsprotokolle vorhanden sind –, dass man den betreffenden Mandatar darauf hinweist, dass Anfragen vielleicht an irgendwelche Kreise gehen, die das drei Tage später ohnehin offiziell über die Parlamentshomepage erfahren könnten. Das ist aus meiner Sicht der Missstand – und nicht, ob irgendjemand von uns Anfragen, noch ehe sie offiziell eingebbracht wurden, was üblich ist, an andere

übermittelt. Auch Sie können, wenn Sie Informanten haben, nicht sagen, ob nicht fünf Ecken hinter diesem Informanten irgendein anderes Interesse besteht.

Ich würde Ihnen recht geben, es wäre auch unerheblich. Entscheidend ist für mich, wer in seiner alleinigen Kompetenz einen **Sachverhalt beurteilt**. Solange das der Mandatar ist, ist das alles ein ganz klassischer, üblicher Vorgang, wo man nichts hineingeheimnissen muss.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Wir kommen noch zu einer Reihe weiterer „klassischer“ und „üblicher“ Vorgänge. Ich sage Ihnen nur meinen persönlichen Eindruck: Einiges von dem, was erst kommen wird, war, so befürchte ich, weder „clever“ noch „smart“, aber schauen wir uns das ruhig gemeinsam an!

Ich bin den Kollegen von der ÖVP insofern noch eine kleine Antwort schuldig, ich möchte das nicht im Raum stehen lassen: Das war wirklich keine Kleinigkeit, und es ist ein ernsthaftes Problem für die Erfüllung des Auftrages dieses Untersuchungsausschusses, dass wir nicht nachfragen können, wie das war, als am 22. August 2007 Herr Mussajew einen Antrag auf Niederlassungsbewilligung bei der MA 35 gestellt hat, weil der Generaldirektor, der damals das Amt geführt hat, Herr Marent, einen Niederlassungstitel verlangt hat und bereits am 3. September Herr Alijew den Antrag auf Erteilung einer Niederlassungsbewilligung bei der MA 35 **zurückgezogen** hat. Die haben nämlich ziemlich schnell bemerkt, dass sie in Wien keine Chance haben, dass da geprüft wird und sie mit Sicherheit **nicht** in die Quoten reinkommen.

Dann gibt es diese seltsame Erklärung von der Generaldirektion für öffentliche Sicherheit an den Sicherheitsdirektor Niederösterreichs, an Franz Prucher, vom 3. September 2007, ich zitiere:

Aus Sicht der Generaldirektion kann in Übereinstimmung mit den oben angeführten Stellen die Beurteilung geäußert werden, dass gegen eine Erteilung eines Aufenthaltstitels in der angesprochenen Form keine Bedenken bestehen. Zu dieser Haltung führen insbesondere die bisherigen Ergebnisse der justiziellen Prüfung aller vorliegenden Verdachtslagen sowie des Auslieferungsbegehrens des betreffenden Entsendestaates, weiters die fremdenrechtliche Prüfung im gesamten Sachzusammenhang sowie das bisherige Verhalten der Betroffenen. Mein persönlicher Eindruck –

und leider kann ich dazu keine Fragen stellen –

ist, dass das Entscheidende das sogenannte bisherige Verhalten der Betroffenen war, denn es gibt –

und ich werde bei den Telefonüberwachungen darauf zurückkommen –

einige Hinweise drauf, dass dieses bisherige Verhalten der Betroffenen durchaus auch mit den materiellen Mitteln der Betroffenen etwas zu tun hatte.

Gezeichnet GI Franz Lang – Zitatende –, jetziger Direktor des Bundeskriminalamtes.

Das Land Niederösterreich und die Republik Österreich verdanken es dem Direktor des Bundeskriminalamtes, dass Personen, die normalerweise, würden sie **keine** bestimmte politische Unterstützung genießen, in dieser Republik **niemals** einen

Aufenthaltstitel bekommen würden, weil schwerste Vorwürfe über schwer kriminelle Handlungen gegen sie erhoben worden sind ...

Es geht weiter: Am 3. September, am selben Tag, an dem Herr Franz Lang seitens der Generaldirektion dieses persönliche Empfehlungsschreiben für die Alijew-Gruppe verfasst, wird bereits der Aufenthaltstitel von der Bezirkshauptmannschaft Horn verliehen.

Und dann geht es Schlag auf Schlag: der Nächste im Alijew-Umfeld, zwei Monate später wieder der Nächste und wieder der Nächste. Die Quote in Niederösterreich wird ausgefassst, ausgeschöpft, damit die ganze ...

Obmann Dr. Martin Bartenstein: Herr Kollege Pilz, wie lautet die Frage zu diesem Themenkomplex? Wie lautet Ihre Frage zu diesem Vorhalt an die Auskunftsperson?

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ich kann jederzeit eine Zwischenfrage stellen und werde dann meine nächste Frage in diesem Zusammenhang begründen.

Herr Abgeordneter Vilimsky, können Sie uns zu diesen durch die Akten dokumentierten Vorkommnissen irgendwelche Angaben machen?

Harald Vilimsky: Ich kann Ihnen über die Vergabe von Aufenthaltsbewilligungen in Horn keinerlei Angaben machen.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Haben Sie Hinweise darauf, welche Personen möglicherweise Angaben dazu machen könnten?

Harald Vilimsky: Diese Personen könnte ich nennen, ja, aber jetzt sind wir in einem Schauspiel, Herr Dr. Pilz! (*Abg. Dr. Pilz: Wir sind nicht in einem Schauspiel, Herr Abgeordneter Vilimsky!* – *Abg. Neubauer: Ist das die Aufgabe des Abgeordneten Vilimsky, irgendwelche Namen zu nennen?*)

Herr Pilz, ich bin durchaus dafür, das Match mit den Regierungsparteien in dieser Causa zu suchen, ich kann Ihnen nur nicht helfen als Auskunftsperson. Ich bin hier, um aus meinem Segment der Wahrnehmung ...

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Sie können mir nicht helfen, aber eine Mehrheit dieses Ausschusses könnte uns allen helfen (*Harald Vilimsky: Da bin ich bei Ihnen, ja!*), dass wir überhaupt Auskunftspersonen befragen können, die uns Auskunft geben können.

Obmann Dr. Martin Bartenstein: Herr Kollege Pilz, einen Moment! Wir müssen zur üblichen Vorgangsweise zurückfinden – das gilt auch für Sie –, nämlich Vorhalte machen und die jeweilige Auskunftsperson **befragen**. Ein Doppelpass-Spiel ist etwas Schönes im Fußball, aber gehört nun einmal in einen Untersuchungsausschuss per definitionem **nicht** hinein. Wenn Herr Vilimsky von einem „Schauspiel“ spricht, so zeigt das ja, dass die Auskunftsperson diese Ihre Vorhaltung einer bestimmten Wertung unterzieht.

Also kehren Sie zurück zu Vorhaltungen und Fragestellungen!

Herr Abgeordneter Pendl zur Geschäftsbehandlung. – Bitte.

Abgeordneter Otto Pendl (SPÖ) (zur Geschäftsbehandlung): Ich bin Herrn Kollegem Vilimsky wirklich dankbar dafür, dass er festgestellt hat, was das für ein **Schauspiel** ist; das sage ich seit Wochen.

Ich bin auch dankbar dafür, dass er des Weiteren ausgeführt hat – ich sage das fürs Protokoll –, dass er gerne bereit ist, ein Match gegen die Regierungsparteien zu spielen.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Kollege Bartenstein, es ist ja kein großes Geheimnis, ich will auch kein Geheimnis daraus machen, und ich komme jetzt auch wieder zu den Fragen an Herrn Abgeordneten Vilimsky.

Warum mache ich das? (*Abg. Mag. Donnerbauer: Das fragen sich alle!*) – Ja, das fragen Sie sich auch. Die Ladung von Auskunftspersonen wird verweigert, und es werden ernsthafte Versuche gemacht, noch dazu vom Fraktionsführer der SPÖ, ernsthafte Versuche, dass nicht einmal die Vorhalte, die in Richtung ÖVP gehen, **öffentlich bekannt** werden können. Dieser Qualität der Vertuschungskoalition, die wichtigsten Auskunftspersonen **nicht** zu laden und dafür zu sorgen, dass nicht einmal dazu **befragt** wird, versuche ich, natürlich durch Befragen im weitesten Bereich der Geschäftsordnung, so weit wie möglich etwas entgegenzuhalten.

Jetzt zurück zu den Fragen, von denen ich annehme, dass sie Herr Abgeordneter Vilimsky beantworten kann! – Ich habe jetzt die Vorfälle am 19. November geschildert; nur zur Erinnerung: dieses E-Mail vom Polizeibeamten an den Nachrichtendienst-Offizier und das E-Mail vom Mitarbeiter des freiheitlichen Parlamentsklubs an den damaligen Fernsehredakteur.

Am nächsten Tag erfolgt ein Telefonat Ender/Pollack – TÜ 185, nur damit klar ist, aus welchem Aktenteil das stammt –, ich zitiere.

Ender: Ich bin jetzt gerade dran, dir die zweite Anfrage zu mailen. Die an die Außenministerin gerichtet ist, die ist sehr gut, und die dritte ist in Arbeit.

Pollack: Wenn du mir die jetzt mailst, schick sie mir auf „christian.pollak@polizei.gv.at“. Okay? Ich bin eh am Weg ins Büro.

Ender: Die erste hast du ja. Die dritte ist dann etwas härter. Warum ist Fischer nicht nach Kasachstan gereist?

Pollack: Aha, klingt interessant.

Ender: Na, na, du, wir bauen das schon auf.

Pollack: Ja, das glaube ich auch.

Ender: Das kannst du dem Leonid auch mailen.

Pollack: Ja, ja, das schick ich dann dem Leonid weiter. Ich müsste ihm sagen, wann fährst du am 30. – Zitatende.

Da geht es um eine geplante Kasachstan-Reise. Die beiden unterhalten sich also ganz offen, wie sie die nächste Anfrage vorbereiten – die vorige Anfrage ist ihnen ja bereits gemailt worden –, wie sie die nächste selbst vorbereiten und wie sie daran denken –

ich schildere das jetzt mit eigenen Worten –, die Sache aufzubauschen, damit sie auch die notwendige öffentliche Wirkung erzielt.

Wissen Sie, welche nächste Anfrage die Herren Pollack und Ender gemeinsam vorbereitet haben?

Harald Vilimsky: Eine Phantasieanfrage, die es nie gegeben hat, ein Aufbauschen, das es auch nie gegeben hat. Ich kann Ihnen dazu nichts sagen.

Es gibt drei Anfragen, die ich Ihnen alle, ich glaube, mehr als detailliert erläutert habe. Was die beiden Herren Ender und Pollack unter sich mutmaßen, könnte man sie selbst befragen, wenn man sie hierher in den Ausschuss laden würde. Ich kann das nicht beantworten.

Es war keine Anfrage von externer Seite vorbereitet. Auch wenn Sie noch so sehr den Eindruck erwecken mögen, dass das der Fall gewesen sein sollte – dem war nicht so! Es gab auch vor allem gar keine vorgefertigten Texte, die an uns ergangen sind. Auch das ist in öffentlicher Darstellung falsch.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Herr Kollege Vilimsky, ich habe diese Anfrage hier in der Hand: Anfrage des Abgeordneten Hübner und weiterer Abgeordneter an die Bundesministerin für europäische und internationale Angelegenheiten betreffend Kasachstan-Reise von Herrn Bundespräsidenten Heinz Fischer, 266/J, eingebracht am 27. November 2008.

Das ist genau diese Anfrage, die am 20. November 2008 in Bezug auf Bundespräsidenten, Aufbauschen und so weiter ...

Ich zitiere es noch einmal: Die Dritte ist dann etwas härter. – Warum ist Fischer nicht nach Kasachstan gereist? – Aha, klingt interessant. – Nein, nein, du wir bauen das schon auf. – Ja, das glaube ich auch. – Und so weiter.

Diese hat es dann gegeben. – Haben Sie, nachdem diese Anfrage sieben Tage nach diesem Telefonat zwischen Ender und Pollack eingebracht worden ist, versucht, im freiheitlichen Klub herauszufinden, wer den Anfragetext verfasst hat?

Harald Vilimsky: Habe ich nicht, weil überhaupt kein Bedarf dazu war. Ich darf noch einmal vorhalten und Ihnen erläutern: Anfrage Hübner, zwei OTS-Meldungen, aneinandergefügt ohne Wertung, ohne Ergänzung. „ots.at“ ist für jedermann mit Internetanschluss abonniertbar; es wird automatisiert zugesandt.

Es ist nichts aufgebauscht worden. Es hat von uns keine Mediendarstellung gegeben, es hat keine Inszenierung gegeben. Es hat nichts gegeben! Wenn jemand meint, es sei ein Erfolg, dass zwei OTS-Meldungen eine nachrichtendienstliche Würdigung hätten, dann kann ich die Irrwege einer solchen Person geistig nicht nachvollziehen. Ich kann es nur zur Kenntnis nehmen, wenn ich ihre Überwachungsprotokolle lese.

Herr Pilz, Sie müssen aufpassen, dass Sie das Interpellationsrecht mit Ihrer Suggestivwirkung nicht ramponieren! Genau das passiert jetzt. Zwei OTS-Meldungen – nur damit wir uns das alle vergegenwärtigen – und die dritte „Hammer-Anfrage“, die Sie erwähnen, das ist nichts anderes als einfach ein Zitat aus einem „profil“-Artikel, zu dem mein Kollege Mayerhofer ein paar Fragen gestellt hat.

Das ist das tägliche Geschäft jedes Oppositionsmandatars. Wenn dann irgendjemand im Hintergrund herumwichtelt, so kann ich das und will es nicht beurteilen! Es ist mir auch egal. Wenn wir das jetzt auch noch so oft durchspielen, ich kann Ihnen nichts Neues dazu sagen.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Herr Kollege Vilimsky, ich wollte von Ihnen keine Beurteilung, sondern ich habe Sie nur gefragt, ob Sie aufgrund dessen versucht haben, zu eruieren, **wer** den Text der Anfrage geschrieben hat. Das war meine einzige Frage.

Harald Vilimsky: Das eine ist aus der Präsidentschaftskanzlei, und das andere – ich weiß gar nicht, wer das gemacht hat –, wo Kasachstan einseitige Medienpräsenz beklagt, wird irgendwo von kasachischer Seite her oder irgendwo aus dem APA-Bereich her gekommen sein. Ich habe keine Ahnung, nicht von uns.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Es gibt also diese freiheitliche Anfrage einige Tage später. Aber am 20. November, am selben Tag, gibt es ein weiteres Telefonat Pollack/Burtsev, TÜ 210. Darin sagt Pollack zu Burtsev – das ist jetzt meiner Meinung nach relevant in Bezug auf Absicht und darauf, wie man den Erfolg dieser Anfragestrategie seitens Pollack, Burtsev und Ender beurteilt –, dem Nachrichtendienst-Offizier:

Du in jedem Fall ist dieser zweite Weg, den wir jetzt gemacht haben mit den Anfragen, und wenn wir jetzt noch die Presseartikel machen, geht die Auslieferung ganz sicher.

Darauf Burtsev: Ja, das ist sehr schön. Ja, und dann spreche ich dort, wenn wir mit Berndt in der Hauptstadt sind. Ja, dann spreche ich und alles zeige ich, dass das unsere Arbeit ist.

Dann wieder Pollack: Ja, ja, du musst dich gut verkaufen damit, weil das zu machen, haben nicht einmal die Rechtsanwälte geschafft von der Botschaft. – Zitatende.

Die zwei erzählen sich gegenseitig, wie erfolgreich sie mit der zweiten Strategie sind – das ist eine Beurteilungssache –, aber sie deuten zum ersten Mal etwas an, das dann später eine Rolle spielt, nämlich: Sie haben vor, Presse-Artikel – wie sie es nennen – zu machen.

Ist Ihnen etwas bekannt über Versuche im Rahmen dieser zweiten Schiene, mit Hilfe von FPÖ-Abgeordneten oder Mitarbeitern Presse-Artikel, wie die das nennen, zu machen?

Harald Vilimsky: Nicht einmal im Ansatz. Ich ergänze: Es hat auch nichts dazu gegeben. Ich bleibe auch dabei: Das ist „clever“ und „smart“ – so, als würden der Blinde und der Einäugige einander beteuern, dass sie zwei Hochleistungssportler sind. Es ist absurd!

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Es gibt dann noch ein E-Mail am selben Tag von Pollack an Burtsev mit einem P.S.

Ich zitiere nur kurz: Die Anfrage im Anhang betreffend Mussajew hast du bereits von mir erhalten. Dass es zu diesen Anfragen überhaupt gekommen ist und dem daraus resultierenden Druck auf die beiden, ist der Verdienst deiner damaligen Entscheidung und kannst du dir auf die Brust heften. – Zitatende.

Also die loben sich da gegenseitig.

Dann gibt es den ersten Zwischenbericht des Verfassungsschutzes am 24. November 2008. Da versuchen einmal die Beamten des Verfassungsschutzes – und das ist auch meiner Meinung nach ein durchaus heikler Punkt – zusammenzufassen, was die bisherigen Ermittlungsergebnisse sind. Sie stellen zum ersten Mal fest, dass es da den Versuch der Instrumentalisierung von Politikern gibt. – Ich komme dann auf die Frage, die das aufwirft und die auch nicht Sie beantworten können, zurück.

24. November 2008, ich zitiere aus dem Zwischenbericht des Verfassungsschutzes: In diesem Zusammenhang wurde mittels Rufdatenrüberfassung des kroatischen Handys von Leonid Burtsev weiters festgestellt, dass Burtsev in regelmäßiger Verbindung zu Christian Pollack steht. Aus der nunmehrigen Überwachung des Mobiltelefonanschlusses von Christian Pollack geht hervor, dass Pollack gemeinsam mit Berndt Ender offensichtlich über Auftrag von Leonid Burtsev in einer Sache aktiv tätig ist, die auf die Aus- beziehungsweise Überlieferung von Rachat Alijew, Alnur Mussajew und Vadim Koshlyak ausgerichtet ist. – Und jetzt der entscheidende Teil in diesem Zwischenbericht :-

Weiters dürften für einen zweiten Weg von Berndt Ender parlamentarische Anfragen an österreichische Ministerinnen vorbereitet worden sein, über die politischer Druck erzeugt werden soll. – Zitatende.

Das ist für mich deswegen ein ganz wesentlicher Punkt in dieser Geschichte, weil spätestens ab diesem Zeitpunkt klar ist, dass im Bundesamt für Verfassungsschutz die Meinung vorgeherrscht hat, aufgrund der E-Mails, der Telefonüberwachungen und sonstiger Hinweise, dass Politiker/Politikerinnen einer politischen Partei im Nationalrat durch einen Nachrichtendienst **instrumentalisiert werden sollen**.

Ist irgendwann rund um diesen ersten Zwischenbericht irgendeiner der Betroffenen im freiheitlichen Parlamentsklub vom Innenministerium informiert worden, dass man diese Sachlage festgestellt hat und dass hier offensichtlich eine nachrichtendienstliche Operation im Bereich FPÖ-Parlamentsklub im Laufen ist?

Harald Vilimsky: Nein.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Haben Sie irgendwann versucht, nachdem Ihnen das bekannt geworden ist, vom Innenministerium zu erfahren, warum keine derartige Information, die ja die Möglichkeit gegeben hätte, Schutzmaßnahmen gegen eine derartige nachrichtendienstliche Aktion zu ergreifen, an Verantwortliche des freiheitlichen Parlamentsklubs zum damaligen Zeitpunkt – 24. November 2008 – ergangen ist?

Harald Vilimsky: Das hätte ich gerne die Frau Ministerin hier gefragt, da ich in meinen E-Mails an sie keinerlei diesbezügliche Antwort erhalten habe.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Das hätte ich sie auch gerne unter Wahrheitspflicht gefragt, weil das für uns ein nicht unerheblicher Punkt ist, der auch nicht durch ein in dieser Art nicht erstellbares Gutachten eines Verfassungsjuristen, das nicht auf konkrete Fälle Bezug nimmt, aus der Welt geschafft werden kann.

Wir haben hier offensichtlich ein Problem, das die Innenministerin so entschieden hat, dass sie gesagt hat: Ich möchte die Operationen des BVT nicht gefährden und nehme in Kauf, dass dafür Abgeordnete und Teile eines parlamentarischen Klubs weiter von

nachrichtendienstlicher Seite missbraucht werden. – Und wir haben nicht die geringste Möglichkeit, hier nachzufragen.

Das ist jetzt ein meiner Meinung nach entscheidender Punkt: Da wird immer gesagt, ja, es gibt keinen Hinweis auf irgendeine Involvierung von Regierungsmitgliedern. – Das war eine Entscheidung der Innenministerin, und sie hat es uns selbst im Innenausschuss gesagt, dass sie mit entschieden hat, dass der freiheitliche Parlamentsklub ***nicht*** im November 2008 informiert wird und diese Operation weiterläuft. (Abg. Mag. ***Stadler***: ... der ÖVP!)

Das war ein ganz entscheidender Punkt, und ich hätte gerne unter Wahrheitspflicht die Innenministerin gefragt, ob hier möglicherweise – sagen wir es einmal ganz vorsichtig – eine Schädigung einer Parlamentsfraktion in Kauf genommen worden ist, um was weiß ich was zu erreichen.

Das ist ein ganz heikler Punkt, und da haben wir einen direkten Zusammenhang mit einem Regierungsmitglied (Abg. ***Amon***: *Das ist nur eine Behauptung von Ihnen!* – Abg. ***Kößl***: *Das ist ja eine Unwahrheit!*), und trotzdem verweigert die Regierungsmehrheit in diesem Untersuchungsausschuss nach wie vor die Ladung dieser direkt involvierten Ministerin, die auch im Innenausschuss festgestellt hat, dass ***sie*** selbst diese politische Entscheidung getroffen hat. (Abg. ***Amon***: *Zur Geschäftsbehandlung!*)

So, das war jetzt der Zwischenbericht vom 24.11.2008. Bereits am nächsten Tag gibt es wieder ein E-Mail von Pollack an den Führungsoffizier Burtsev. Ich zitiere wieder:

Berndt –

ich nehme an, das wird Berndt Ender sein –

wird sich im Laufe des morgigen Tages bei dir melden. Er hat heute mit vom Vorsitzenden des Innenausschusses der FPÖ eine weitere Anfrage formuliert. Diese wird am 26. eingebracht werden. Bereits für Beginn der nächsten Woche erwarten wir die ersten Antworten. – Zitatende. Und ich sage dazu: Die ja dann auch kommen.

Haben Sie Dr. Fichtenbauer gefragt, ob es zu dieser Zeit einen Kontakt zwischen Herrn Ender und – ich gehe davon aus, das ist Dr. Fichtenbauer – Dr. Fichtenbauer gegeben hat?

Abgeordneter Werner Amon (ÖVP) (*zur Geschäftsbehandlung*): Herr Dr. Pilz hat behauptet, dass die Innenministerin das BVT angewiesen habe – und sie habe das im Innenausschuss gesagt –, die FPÖ wäre von den Vorgängen ***nicht*** zu informieren. Ich ersuche Herrn Dr. Pilz, einen Beweis dafür vorzulegen oder die Aussage zurückzunehmen.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ich bin gerne bereit, dieser Aufforderung zu folgen, und werde deshalb einen Beweisbeschluss einbringen, die Innenministerin zu laden. (*Zwischenruf bei der ÖVP.*) – Wenn Sie, Kollege Amon, einen Beweisbeschluss dazu haben wollen, das ist der einfachste Beweisbeschluss, und ich bin mir sicher, dass der Abgeordnete Pendl diesmal dem Antrag Amon, Pilz zustimmen wird.

Abgeordneter Werner Amon (ÖVP) (*zur Geschäftsbehandlung*): Herr Dr. Pilz, das ist halt Ihr Stil, einfach Behauptungen in den Raum zu stellen, ohne jede Grundlage, und damit Dinge zu erzwingen, die Ihnen zupasskommen.

Ich sage Ihnen, Ihre Anschuldigungen, die Sie permanent hier unterbreiten, sind **haltlos**. Einen großen Teil beweisen Sie nicht, sondern stellen ihn einfach in den Raum als Tatsachenfeststellung, ebenso wie die angebliche Aussage der Innenministerin im Innenausschuss. Ich weiß nicht: Gibt es ein Mitglied des Innenausschusses hier, das sich daran erinnern kann? (*Ruf bei der ÖVP: Das ist eine skandalöse Unwahrheit!*)

Harald Vilimsky: Ich darf etwas Grundsätzliches sagen: Ich gebe hier dem Abgeordneten Pilz schon recht, denn ich frage mich als Mandatar: Wozu haben wir einen Verfassungsschutz?

Ich darf Ihnen ganz kurz darlegen, wie das mit den E-Mails war, wo ich ein E-Mail an die Frau Bundesminister gerichtet habe, wo auf Kyrillisch gegen mich polemisiert wurde, ...

Obmann Dr. Martin Bartenstein: Herr Abgeordneter Stadler, ich bitte Sie, die an sich untersagten Telefonate zumindest so zu führen, dass sie die Verhandlungen nicht stören! – Danke schön. (*Abg. Mag. Stadler: Da war nur eine juristische Frage zu klären!*)

Harald Vilimsky: ..., wo ich die Frau Innenminister ersucht habe, in einer vertraulichen Nachricht an sie per E-Mail, zu beurteilen, ob irgendeine Sicherheitsgefährdung für mich vorliegt. Und bevor ich die Antwort darauf erhalten habe, ist das Ganze in der Tageszeitung „ÖSTERREICH“ erschienen, und ich kann für mich ausschließen, dass ich das in diese Tageszeitung gebracht habe.

In dem Nachfolge-Mail, das ich in meiner Eingangsstellungnahme erwähnt habe, habe ich auch die Frau Minister ersucht, mir unter vier Augen, ohne dass sie irgendwo etwas der Amtsverschwiegenheit Unterliegendes berichtet, mitzuteilen, wie diese Geschichte ausschaut und habe keine Antwort darauf erhalten.

Ich hätte schon gerne einen Verfassungsschutz, der in solchen Sachen, wo Wahrnehmungen sind, dass irgendwo im Hinterland eines Mandatars irgendwelche anderen Interessen sein mögen, nur diesbezüglich Notiz gibt. Und wie Herr Gridling sagt, dass das BVT nur die Aufgabe hat, den Nationalrat als Ganzes zu schützen – ich behaupte und wünsche mir, dass natürlich auch der Mandatar als Einzelner zu schützen ist und nicht nur der Nationalrat als Ganzes, was ein relativ abstraktes Schutzaufgabengebiet wäre.

Abgeordneter Werner Amon (ÖVP) (zur Geschäftsbehandlung): Ich verweise schon darauf, dass die Auskunftsperson hier unter Wahrheitspflicht aussagt.

Sie haben Ihre Ausführungen eingeleitet mit, Sie möchten das bestätigen, was Herr Dr. Pilz sagt, haben es dann aber nicht bestätigt, sondern blumig über alles andere geredet.

Dr. Pilz hat hier gesagt, die Innenministerin habe im Innenausschuss gesagt, sie hat das BVT angewiesen, den freiheitlichen Parlamentsklub nicht zu informieren. Und diese Aussage ist **nicht** bestätigt worden von Ihnen. Aber Sie haben Ihre Ausführungen eingeleitet mit, Sie wollen das schon bestätigen. – Sie sagen hier unter Wahrheitspflicht aus.

Harald Vilimsky: Wenn man eine semantische Feinanalyse macht, muss ich Ihnen recht geben, ja, das war auf etwas anderes bezogen, nämlich auf die

Informationspflicht des BVT Mandataren gegenüber, falls solche Wahrnehmungen sind.

Obmann Dr. Martin Bartenstein: Vielleicht vermeiden wir solche Situationen – ich weiß schon, ein Mandatar im Hohen Haus, egal, in welcher Position er/sie ist, ist immer verleitet, politische Statements abzugeben –, hier und heute sind Sie als **Auskunftsperson** geladen, und ich bitte, das auch in solchen Situationen zu berücksichtigen. Wahrheitspflicht und Antworten auf gestellte Fragen.

Gibt es weitere Fragen, Herr Abgeordneter Pilz?

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ja, eine ganze Reihe noch.

Die Telefonüberwachung ist dann fortgesetzt worden, 9. Jänner 2009, TÜ 1289, Telefonat zwischen dem Polizeibeamten Pollack und Rechtsanwalt Singer. – Kennen Sie den Rechtsanwalt Singer? (*Harald Vilimsky: Nein!*) – Das ist unseren Unterlagen gemäß ein Kanzleikollege des ehemaligen Justizministers Dr. Böhmdorfer.

Und aus dem geht Folgendes hervor: Da wird behauptet, Alijew ist mit der halben Politik in Österreich verhabert, Mitglied im Verein der Förderer – ich gehe davon aus, dass das wohl „Freunde“ heißen soll – der Wiener Polizei, hat im Hotel Sacher einem Politiker – Vermutung Pollack: Häupl oder Harry Kopietz – 2 Millionen € gegeben für das Silberne Verdienstzeichen der Republik. Die Witwe eines entführten Nurbank-Managers wird von Tomanek vertreten, laut Singer sei dies keine gute Wahl. Dieser sei gekauft, so wie auch Soyer. Tomanek habe einmal – und so weiter. Konrad wiederum wollte die Nurbank kaufen, und die beiden Manager könnten im Weg gestanden sein – und so weiter.

Dann antwortet wieder Pollack: Ja, na dann ist das eh gut. Ja, und Unterstützung bekommst du vom freiheitlichen Parlamentsklub, da rennen parallel schöne Anfragen an die, wie sie sich alle – wo sie wirklich nur in Deckung gehen können.

Am gleichen Tag kommt es bei der Telefonüberwachung wieder zu einem Gespräch Pollack und Ender, unter TÜ 1292:

Ender: Kann man die nicht überreden, dass sie den Anwalt wechselt.

Antwort Pollack: Es ist so, ich kann es machen.

Ender macht einen Vorschlag: Kann auch die Kanzlei Fichtenbauer übernehmen.

Pollack antwortet: Zum Beispiel, ja.

Ender präzisiert den Vorschlag: Weil du das Politiker- und Anwaltsbüro ...

Darauf unterbricht ihn Pollak: Nein, nein, der ist eh schwer in Ordnung. Ja.

Ender gibt sich zufrieden.

Am gleichen Tag wird überwacht unter TÜ 1303 ein Gespräch Pollack und Zadrazil – das ist meines Wissens der zweite Polizeibeamte, gegen den dann ein Verfahren als Beschuldigter geführt worden ist.

Ich zitiere aus dem: Nächste Woche gäbe es ein Meeting mit ein paar Leuten von der FPÖ.

Pollack sagt: Ja, das mache ich eh schon alles, und nächste Woche haben wir ein Meeting.

Zadrazil darauf: Ja.

Pollack: Mit ein paar Leuten von der FPÖ.

Zadrazil: Ja.

Pollack: Und wir werden unsere Anfragen da erweitern, die parlamentarischen, und jetzt richtig Gas geben mit den Arschlöchern.

Zadrazil: Alles klar.

Und Pollack erklärt noch mit einigen eindeutigen Begriffen, was er von der anderen Seite hält.

9. Jänner 2009, Sie kennen ja diese Protokolle auch. Sie werden doch sicherlich nachgefragt haben, ob es dann irgendein Meeting zwischen den genannten Personen und Angehörigen der FPÖ – Parlamentsklub, nehme ich an – gegeben hat.

Hat es solch ein Meeting gegeben? Hat es ein Treffen gegeben, an dem Pollack und Angehörige der FPÖ teilgenommen haben in der Folge dieser Telefonüberwachung?

Harald Vilimsky: Nein, genauso wenig wie es die Pressekonferenzen und die weiteren Anfragen gegeben hat.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Hat es nicht? (**Harald Vilimsky:** Nein!) – Am 11. Jänner 2009 gibt es ein E-Mail, Ender an Pollack – ich zitiere –:

Hab' das Material nun mental verdaut, echt krass. Bernhard, vom FP-Klub und Spezialist für Inneres und Justiz, wartet auf deinen Anruf. Soll ich Blecha informieren oder noch warten, bis wir durch sind?

Haben Sie hier nachgeforscht, welche Rolle da Bernhard vom FPÖ-Klub hat und um welches Material es sich hiebei handeln könnte? (**Harald Vilimsky:** Nein!) – Am nächsten Tag: Telefonüberwachung 1504, Telefonat Pollack und Ender:

Für den nächsten Tag ist ein Treffen zwischen Pollack und Rochowanski geplant, soll unter anderem auch eine Presseaussendung arrangiert werden. Es wird besprochen, ob Blecha auch über den aktuellen Faktenstand informiert werden soll.

Pollack sagt: Es hat geklappt mit dem Bernhard. Ich treffe mich morgen um drei mit ihm.

Ender: Sehr gut, sehr gut, ja.

Ender: Du, das könnte ... Eigentlich, wenn du mit dem Bernhard morgen sprichst, das geht zur APA, automatisch, ja?

Darauf Pollack: Jetzt, ich meine, jetzt warten wir einmal auf die Beantwortungen, eh, dann ...

Ender wieder: Na ja, eh. Du, da sollten wir reden. Wenn du zurückkommst, dann reden wir gleich darüber einmal, weil es gehörten normalerweise gleich ein paar Fragen nachgeschossen.

Pollack: Ja.

Ender: Dann wird es wieder in der ... Eh, du, der macht schlicht und einfach eine neue Anfrage, hat er gesagt. Ja.

Und dann weiter Ender: Also, die können ja, weißt du, die haben von der Partei her die Möglichkeit, dass sie in das OTS einzuspeichern, und das drucken wir aus. Und das ist schon der Beleg dafür, dass das in die Nachrichtenagentur hineingeht. – Zitatende.

Ich erspare mir da den Rest, da geht es dann um den Akt Westenthaler und alles Mögliche. Das ist aber etwas unklar bei dieser ganzen Telefonüberwachung.

Hat es infolge dieser Telefongespräche irgendwelche OTS in Bezug auf Kasachstan vom freiheitlichen Parlamentsklub gegeben? Haben Sie das überprüft?

Harald Vilimsky: Nein, die hat es nicht gegeben. (*Abg. Dr. Pilz: Hat es nicht gegeben!*) Und in Ergänzung dazu: Ich schätze die Bedeutung des Mag. Rochowanski für unsere Reihen, aber ich glaube nicht, dass er so wichtig ist, zu entscheiden, ob Herr Blecha jetzt zu informieren ist oder nicht.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Dann geht es weiter am 13. Jänner 2009 um 8.42 Uhr: Mail Pollack an den Führungsoffizier Burtsev:

Treffe mich heute um 15 Uhr mit Vertretern des freiheitlichen Parlamentsklubs. Werde ihnen Material für den Artikel übergeben. – Zitatende.

Das mailt also Herr Pollack an Herrn Burtsev.

Weiteres Zitat: Mein Vorschlag wäre, dass wir vorerst eine Meldung in der Austria Presse Agentur veröffentlichen werden.

Am selben Tag in der Telefonüberwachung 1427, Telefonat Pollack und Zadrazil, bespricht man dieses eben stattgefundene Treffen mit Rochowanski. Dort wurde Pollack zugesichert, dass man eine Presseaussendung macht. Gleichzeitig habe man gute Kontakte zum „profil“.

Pollack, nicht sehr namenssicher: Das Ganze ist ein Mag. Bernhard Bochor... – und so weiter. Und: Und die haben mir zugesichert eine Presseaussendung über die APA.

Dann Pollack weiter: Gleichzeitig dürfte der offensichtlich gute Verbindungen zum „profil“ haben. Also da gibt es einen Redakteur, der sich eh, der schon einmal recherchiert hat.

Zadrazil darauf immer: Aha.

Und dann wieder Pollack: Die Delegation selber werden sie jetzt beraten, wie sie das hinbringen, dass die eine Pressekonferenz kriegen. – Und dann wird weiter über diese Pressekonferenz gesprochen.

Dann sagt Pollack wieder: Ich habe ihm das zusammengestellt gehabt auf einem Stick, alle möglichen Informationen.

Und setzt fort: Die arbeitet er jetzt auf, in eine Anfrage hinein, ja, und dann sehen wir eh. – Zitatende.

Wissen Sie darüber irgendetwas, oder haben Sie versucht, das mit dem Mitarbeiter Ihres Klubs zu klären?

Harald Vilimsky: Ich kann auch hier sagen: Es hat keinerlei Steuerungsversuche gegeben, es hat keine Presseaussendung in weiterer Folge das Licht der Welt erblickt. Das hätten Sie überprüfen können seitens des grünen Parlamentsklubs. Es hat keine weitere Anfrage gegeben.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Hat es dieses Treffen gegeben, auf das da immer Bezug genommen wird?

Harald Vilimsky: Das habe ich Ihnen schon in meiner Eingangsstellungnahme gesagt: Es hat ein einmaliges Treffen gegeben (***Abg. Mag. Lapp: Zwei Mal!***) – oder zwei Mal – zwischen Rochowanski und Pollack auf Anraten des Ender. Gegenstand dieses Gespräches waren eine wilde Schilderung über Geschehnisse der Nurbank in Kasachstan. Mag. Rochowanski hat mir in weiterer Folge davon berichtet und hat dieselbe Wertung gehabt wie ich, dass das für uns völlig uninteressant ist.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Dann geht es weiter am 13. Jänner um 23.07 Uhr, also am selben Tag um 23.07 Uhr: Pollack berichtet an Burtsev:

Hatte heute einen Termin mit den Leuten vom parlamentarischen Ausschuss der FPÖ. Dabei haben wir einen Artikel für die Presse vorbereitet, den du bis spätestens 21.1. im Internet finden wirst. Zwar habe ich Bedenken, was die Veröffentlichung im Wochenmagazin „profil“ betrifft, dennoch haben wir auch dahin gehend etwas veranlasst. Habe mit diesen Leuten auch Unterstützung der Delegation aus Kasachstan vereinbart, und zwar im Wesentlichen bei der Betreuung beziehungsweise Organisation einer Pressekonferenz für diese kasachische Delegation während ihres Aufenthaltes in Wien. Bitte erkundige dich, ob die Leute aus Almaty Böhmdorfer/Singer kontaktiert haben, wäre im Hinblick auf eine perfekte Vorbereitung von Vorteil. – Zitatende.

Haben Sie versucht, herauszubekommen, ob es diesen Kontakt Böhmdorfer/Singer dann gegeben hat zur Vorbereitung des Auftritts der kasachischen Delegation in Wien?

Harald Vilimsky: Ich habe das nicht recherchiert.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): 15.1.2009 wieder E-Mail Pollack an Burtsev, da geht es zuerst bezüglich Adonis Derbas. – Sagt Ihnen der Name Adonis Derbas etwas? (***Harald Vilimsky: Nichts!***) – Ich zitiere:

Bei einem Gespräch mit einem Kollegen habe ich heute erfahren, dass Alijew und Mussajew mit Karl Schwarz seit mehr als sechs Jahren Geschäfte macht, Geschäfte in der Art, dass Geld gewaschen wurde. Schwarz ist logischerweise ein Kontakt über

Farid Rifaat. Von dort gehen auch Kontakte zu Herrn Schlaff und Fini Steindling. Angeblich gibt es zwischen Alijew und einer ehemaligen DDR-Größe ... nach Deutschland, mit Sitz Starnberger See ... Laut Auskunft von Schwarz bewegt sich Mussajew völlig frei in Wien und dürfte im 7. Bezirk wohnen. Dies deckt sich auch mit den Angaben von Adonis.

Möglicherweise hat Herr Pollack da dienstliche Zugänge – das können nicht Sie beurteilen. Wir wissen ja, wer Frau Steindling ist und wer Herr Schlaff ist und andere Personen. Wissen Sie, wer dieser Karl Schwarz sein kann? (***Harald Vilimsky: Nein!***) – Und dann geht es in diesem Mail weiter – also wieder Mail von Pollack an Burtsev vom 15.1.2009 –:

Morgen bekomme ich den neuen Entwurf für die APA-Aussendung zu sehen. Ich werde dir diesen übermitteln, und du hast die Möglichkeit, vor Veröffentlichung noch zu korrigieren, beizufügen und zu ändern. Berndt ist seit gestern Nacht auch wieder in Wien und kümmert sich um die Pressearbeit. Weiters ist er dabei, gemeinsam mit den Leuten von der FPÖ die Pressekonferenz für die Generalprokuratur vorzubereiten. Konnte weiters die „Kleine Zeitung“ für die Patronanz gewinnen. Diese Zeitung hat bereits in der Vergangenheit über unsere Freunde geschrieben und ist sehr interessiert. Anbei die Anfrage an das Außenministerium. – Und beigelegt ist die Anfrage Hübner vom 27.11.2008.

Haben Sie da nachgefragt über diese Geschichte Vorbereitung der Pressekonferenz und Unterstützung durch FPÖ?

Harald Vilimsky: Also mir ist von einer Pressekonferenz nichts bekannt.

Aber, weil Sie das Thema Pressearbeit ansprechen und aus den Telefonüberwachungsprotokollen zitiert haben: Ich und wir sind nicht in der Lage, einen vorgefertigten, wie es da genannt wird, Presse-Artikel 1 : 1 ins „Profil“ zu bringen.

Das, was da besprochen wird, ist in einer Phantasiewelt.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Kollege Vilimsky, ich zitiere das völlig kommentarlos. (***Harald Vilimsky: Na ja ...***)

Obmann Dr. Martin Bartenstein: Herr Kollege Pilz, einen Moment. Die Befragung des Abgeordneten Vilimsky dauert mittlerweile zwei Stunden. Das Fragerecht und auch die Fragezeit haben ausschließlich Sie, nämlich die grüne Fraktion, bisher in Anspruch genommen. Man merkt die Absicht und ist verstimmt. Sie verlesen jetzt seit geraumer Zeit die Telefonüberwachungsprotokolle, veröffentlichen sie damit und stellen nachher noch einmal kurz eine Frage. Das ist – haben wir schon öfter diskutiert – nicht apodiktisch aus der Geschäftsordnung ausgeschlossen, aber es ist jedenfalls ein ***Ausreizen*** derselben.

Es ist für mich aber auch wichtig, dass wir heute verbindlich um 14 Uhr diese Sitzung entweder abschließen oder unterbrechen, und mein Ersuchen an die Fraktionsführer war ja, zu diesem Thema Konsens herbeizuführen – insbesondere, nachdem ja die Ladungen der Auskunftspersonen Kronawetter und Lengauer mittlerweile Makulatur geworden sind.

Dieser Konsens war bisher nicht herstellbar – höre ich –, so dass ich mich jetzt gezwungen sehe, die Sitzung zum Zweck einer Fraktionsführerbesprechung zu

unterbrechen und zu schauen, ob wir dabei auf einen grünen Zweig für das weitere Procedere nach 14 Uhr kommen.

Ich bitte um Verständnis, Herr Abgeordneter Vilimsky. Wir werden versuchen, diese so kurz wie möglich zu halten. Die Sitzung ist also für eine kurze Fraktionsführerbesprechung **unterbrochen**.

(Die Sitzung wird um 13.11 Uhr **unterbrochen** und um 13.26 Uhr **medienöffentlich wieder aufgenommen**.)

Obmann Dr. Martin Bartenstein nimmt die unterbrochene Sitzung **wieder auf** und teilt er mit, dass kein Konsens hinsichtlich eines weiteren Termins gefunden werden konnte, sodass er diese Sitzung pünktlich um 14 Uhr unterbrechen werde. Sodann erteilt er Abg. Amon das Wort.

Abgeordneter Werner Amon (ÖVP): Ich möchte für das Protokoll festhalten, dass die Regierungsparteien eine Reihe von Terminen vorgeschlagen haben und leider kein einziger Termin für die Opposition im Konsens möglich war. Ich glaube, das sollte man schon auch der Ordnung halber dazusagen.

Obmann Dr. Martin Bartenstein: Dann möchte ich das gerne auch aus meiner Sicht ergänzen und vervollständigen: Der Verfahrensanwalt, meine Wenigkeit, der Abgeordnete Pilz und der Abgeordnete Graf gaben jeweils konkrete Gründe an – für mich durchaus nachvollziehbare Gründe –, warum der eine oder andere Termin nicht möglich war. Das Ergebnis ist jedenfalls, dass kein Konsens bezüglich eines nächsten Termins hergestellt werden konnte. Daher werde ich die Sitzung bis zu einem unbestimmten Termin unterbrechen.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (BZÖ): Abgesehen davon, dass ich das als **nicht zulässig** erachte, müssen wir das noch klären. Aber meines Wissens, und da bitte ich jetzt, das Dokument heranzuziehen ...

Obmann Dr. Martin Bartenstein: Was soll „nicht zulässig“ sein?

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (BZÖ): Dass man diesen Untersuchungsausschuss auf einen **unbestimmten Termin** vertagt, denn es ist bereits ein bestimmter Termin avisiert, nämlich der 15. Dezember. Das ergibt sich aus der Präsidialplanung und aus dem Aviso für die heutige Sitzung. Wir haben zwei Avisos gehabt, nämlich das erste für die Fortsetzung der Frühsitzung – da taucht dieser Termin auch schon auf –, und in der jetzt tagenden Sitzung taucht ebenfalls ein Terminaviso auf. Der Termin ist bereits fixiert und von der Präsidiale auch so ausgesendet.

Obmann Dr. Martin Bartenstein: Der Terminus „in Aussicht genommen“ heißt aber nicht, fixiert, sondern eben **in Aussicht genommen**. Dazu gibt es den Konsens der Regierungsfraktionen nicht. Sorry.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (BZÖ): Noch einmal: Der Konsens der Regierungsfraktionen ist gemeinsam mit den Oppositionsfaktionen durch die Terminplanung, die die Präsidiale vorgenommen und abgezeichnet hat – dafür gibt es ja Unterschriften, auch der Klubdirektoren und auch in Vorbereitung des Croquis der Präsidialkonferenz, wo diese Termine fixiert sind – festgehalten worden. Der Termin taucht dort genauso auf wie alle anderen Ausschusstermine.

Wenn alle anderen Ausschusstermine den gleichen Provisorialcharakter hätten, dann müssen wir in Zukunft die Terminplanung der Ausschüsse überhaupt ganz anders machen.

Entweder man hält sich an die Terminplanung, die die Präsidiale beschlossen hat, und dann halten sich **alle** daran, oder man hält sich nicht mehr daran – aber das müsst ihr bitte auch noch klären. Das wäre ja nur die Steigerung des ohnehin schon vorhandenen angespannten Verhältnisses zwischen Regierung und Opposition, wenn man jetzt auch noch die **einvernehmlich** in der Präsidiale fixierten Termine als **Provisorialtermine** bewertet – mit der Begründung, dass das zwischen den Regierungsfraktionen nicht vereinbart ist. Das ist ja wohl die Höhe!

Obmann Dr. Martin Bartenstein: Wir machen weiter mit der Befragung des Abgeordneten Vilimsky. – Herr Abgeordneter Pilz, Sie waren am Wort.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ist eigentlich die Medienöffentlichkeit schon wieder hergestellt?

Obmann Dr. Martin Bartenstein: Wenn Sie mir zugehört haben, dann habe ich die Parlamentsdirektion ausdrücklich gebeten, dies, wenn es gewünscht wird, zu tun. – Mehr können wir nicht machen.

Ich bitte um Ihre weiteren Fragen, Herr Abgeordneter Pilz.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ich wollte an und für sich noch kurz etwas sagen; ich kann es bei einem Satz bewenden lassen. Der Herr Vorsitzende hat natürlich recht, dass es eben nicht möglich war, einen gemeinsamen Termin zu finden. Ich halte in dem Zusammenhang nur eines für bemerkenswert: dass, was bis jetzt sehr unüblich war und was mir zeigt, dass da eigentlich ein bis jetzt noch nicht genützter Arbeitswillen vorhanden ist, die Regierungsparteien zum ersten Mal bereit waren, an einem Samstag, nämlich dem 5. Dezember, eine Ausschusssitzung durchzuführen. – Wir können da leider nicht, aber offensichtlich gibt es da einen bis jetzt noch nicht genützten Arbeitswillen (**Abg. Amon:** ... Sonntag!), den wir für die Ladung weiterer Auskunftspersonen, wie zum Beispiel der Justizministerin und der Innenministerin, durchaus nützen können.

Ich setze jetzt fort in der Befragung und weise den Vorsitzenden nur darauf hin – weil ich das vor der Unterbrechung nicht konnte –, dass das Vorhalten aus den Telefonüberwachungen und damit das Herstellen einer Chronologie, wann wie telefoniert wurde, über E-Mails Absichten bekundet wurden, die Ressourcen einer Parlamentsfraktion für ein bestimmtes Vorhaben zu nützen, überhaupt nichts mit Ausnützen und möglicherweise mit Missbrauchen der Rechte in diesem Ausschuss zu tun hat. – Wenn es Ihnen zu lange wird, Herr Dr. Bartenstein, können Sie sich ja als Vorsitzender bei meiner geschäftsordnungskonformen Befragung durchaus vertreten lassen.

Ich komme jetzt zum 11. Februar 2009, Herr Kollege Vilimsky, da haben wir ein E-Mail von Ender an Pollack. Das ist nur eine Weiterleitung der Anfragebeantwortung, die er – nämlich Ender – am 29. Jänner von Wendelin Mölzer erhalten hat.

Hat Ihnen Herr Mölzer, also ein Mitarbeiter des freiheitlichen Parlamentsklubs, erklärt, warum er persönlich Anfragebeantwortungen an Herrn Ender weiterleitet?

Harald Vilimsky: Nein. – Das wäre auch nicht nötig gewesen! Das Weiterleiten von Anfragen oder Antworten auf Anfragen ist ein mehr als üblicher Vorgang.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Okay. – Am 20. Februar 2009 gibt es ja dann bereits ein Verfahren, und da gibt es eine Beschuldigtenvernehmung Berndt Enders. Ender – ich zitiere – erklärt Folgendes:

Wenn ich gefragt werde, warum ich betreffend Achmetsafin im Internet Recherchen angestellt habe, so teile ich dazu mit, dass ich aus Kreisen der Wiener SPÖ gebeten wurde, mich betreffend dieses Umfeldes zu erkundigen, damit man dort keinem windigen Geschäftsmann aufsitzt. Ich wurde diesbezüglich von Blecha ersucht, da er Bedenken hatte, dass Gaál in etwas hineingezogen werden könnte.

Am 26.2.2009 kommt es zur nächsten Beschuldigtenvernehmung Berndt Enders. Ich zitiere:

Zur selben Angelegenheit wurde ich bereits im Oktober 2008 durch Blecha über die Angelegenheit informiert. Er teilte mir mit, dass jemand von der kasachischen Botschaft bei ihm vorstellig gewesen sei. Dabei handelte es sich um einen Botschaftsrat, meiner Erinnerung nach lautete dessen Name Murat. Blecha hatte mir damals mitgeteilt, dass ihm klar war, dass es sich bei Murat, allein schon aufgrund der guten Deutschkenntnisse, um einen Geheimdienstmitarbeiter gehandelt haben musste. Jedenfalls wurde über diesen Murat versucht, politisch in Richtung der Auslieferung von Alijew zu intervenieren beziehungsweise Druck zu machen. – Zitatende.

Das halte ich insofern für bemerkenswert, als da, in dem Fall, nicht von einem Mitarbeiter oder Mitglied des FPÖ-Parlamentsklubs, sondern von einem ehemaligen ***SPÖ-Innenminister*** eine der handelnden Personen als wahrscheinlicher Nachrichtendienstmann, Nachrichtendienstoffizier – was auch immer – Kasachstans identifiziert wurde und weiters darauf verwiesen wird, dass Ender aus Kreisen der Wiener SPÖ gebeten wurde, sich betreffend dieses Umfeldes zu erkundigen, damit man dort keinem windigen Geschäftsmann aufsitzte.

Das wären die nächste Fragen – nochmals: wir haben diese Auskunftspersonen beantragt; sie sind abgelehnt worden –, die diesen Ausschuss meiner Meinung nach interessieren sollten, nämlich: Welche Geschäftsinteressen hat es da gegeben? Welche Überprüfungen hat es da gegeben? Warum vermutete Ex-Innenminister Blecha, dass da ein Nachrichtendienstmann tätig war? Und was wusste Blecha über die Tätigkeit von Nachrichtendienstleuten aus Kasachstan, mit dem Ziel, die Leute rund um Alijew wie auch immer wieder nach Kasachstan zu kriegen?

Das heißt, diese Aussage von Herrn Ender weist darauf hin, dass es in Bezug auf Alijew und seine Gruppe nicht nur eine zweite Schiene in Richtung FPÖ, sondern möglicherweise auch eine dritte Schiene in Richtung Wiener SPÖ gegeben hat. Ich hätte Herrn Ender sehr gerne in diesem Ausschuss darüber befragt, was er über diese dritte Schiene weiß und wer uns möglicherweise über diese SPÖ-Schiene Auskunft

geben könnte, über die wir wesentlich weniger wissen, weil es in diesem Zusammenhang offensichtlich nicht zu Telefonüberwachungen gekommen ist.

Man müsste auch einmal nachfragen, warum in einem Bereich – und da gibt es keinen Vorwurf, ich halte das für vollkommen richtig – vom Verfassungsschutz her penibel recherchiert und auch überwacht wurde, und warum in einem anderen Bereich, den man einer anderen Partei zuordnen könnte, nichts dieser Art geschehen ist (Abg. **Amon: Ist das eine Frage an den Herrn Vilimsky?**): keine Telefonüberwachung, keine E-Mails wurden überprüft, keine Beschuldigtenvernehmungen – gar nichts!

Da hat es wenigstens eine Beschuldigtenvernehmung gegeben, aber in Bezug auf die Österreichische Volkspartei in Niederösterreich und das Innenministerium gibt es ja nicht einmal einen Vernehmungsversuch und nicht eine einzige Frage, die im laufenden Verfahren gestellt wird!

Obmann Dr. Martin Bartenstein: Ist dieser Fragenkomplex nicht eher in Richtung zum Beispiel eines Staatsanwalts Kronawetter zu richten?

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Das ist durchaus eine Möglichkeit.

Obmann Dr. Martin Bartenstein: Wir wären ja zur Befragung des Herrn Staatsanwaltes gekommen, wenn man bei anderen Auskunftspersonen etwas zügiger vorangegangen wäre.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Das ist schon richtig! – Natürlich kann man gleichzeitig einen Ausschuss abwürgen und sich dann darüber beschweren, dass der Ausschuss zu wenig Zeit hat. (Abg. **Amon: ... ein paar Termine hergeben!**)

Ich komme zum 2. April 2009, Beschuldigtenvernehmung Berndt Ender; „ND 11“. (Abg. Mag. **Donnerbauer: Was soll der Herr Kollege Vilimsky ...?**) – Ender wird nach dem Zweck der parlamentarischen Anfragen gefragt und er erklärt in seiner Beschuldigtenvernehmung:

Der eigentliche Zweck war, vermutete Unregelmäßigkeiten im Zusammenhang mit der Erteilung von Aufenthaltstiteln für Alijew und dessen Gefolgsleute zu hinterfragen. In politischen Kreisen wurde nämlich die Auffassung vertreten, dass die Verleihung des Aufenthaltstitels im Zusammenhang mit illegalen Geldflüssen erfolgt sei. Die Materialien für die Anfragen wurden mir von Blecha, aber auch von Pollack übergeben. – Zitatende.

Das ist ein für mich ganz entscheidender Punkt: Wir haben ja nur die Telefonüberwachung Pollack, und deswegen schaut es so aus, als wären die Anfrageentwürfe immer von Pollack gekommen, aber jetzt sagt Herr Ender in seiner Beschuldigungseinvernahme plötzlich, die Anfrageentwürfe, die dann später zu Anfragen geworden sind, hat er einerseits von Pollack und andererseits von **Blecha** bekommen. Das halte ich für eine der spannenden Geschichten, die dieser Ausschuss nicht untersuchen darf. Welche Anfrageentwürfe sind vom ehemaligen Innenminister **Blecha** gekommen? (Abg. Mag. **Donnerbauer: Ist das die Frage an den ...?**) Welche Anfragen hat dieser formuliert? – Das ist eine weitere Frage, bezüglich der dieser Ausschuss das Recht haben sollte, ihr auch nachzugehen.

Das Zweite ist, Ender weist darauf hin, dass es im Zusammenhang mit der Verleihung von Aufenthaltstiteln zu illegalen Geldflüssen gekommen sein soll. – Es sind aber

Aufenthaltstitel in dieser Causa ausschließlich in Niederösterreich, über die Bezirkshauptmannschaft Horn, vergeben worden.

Haben Sie aus Ihren persönlichen Wahrnehmungen, Akten, Gesprächen mit sonstigen Personen irgendwelche Wahrnehmungen in Bezug auf Geldflüsse zur Beschaffung von Aufenthaltstiteln im Lande Niederösterreich?

Harald Vilimsky: Nur solche Andeutungen, die sich in den Medien ergeben. (Zwischenruf des Abg. Mag. **Donnerbauer.**)

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Dann erklärt Ender weiter in der Beschuldigtenvernehmung ... (Zwischenrufe bei der ÖVP.) – Ja, Kollegen von der ÖVP, ich würde hier gerne gänzlich andere Auskunftspersonen zur Frage möglicher illegaler Geldflüsse in Niederösterreich oder nach Niederösterreich oder möglicherweise ins Innenministerium befragen (Abg. **Koßl:** ... Spielwiese!), aber Sie verhindern das ja mithilfe der SPÖ, die immer dann, wenn die ÖVP etwas zu befürchten hat, sofort alles niederstimmt und sich an der Vertuschung beteiligt.

Ich zitiere weiter Ender; 2. April 2009, Beschuldigtenvernehmung durch „ND 11“. – Ender erklärt: (Abg. **Amon:** Herr Vorsitzender! Pilz sagt, wir beteiligen uns an einer Vertuschung illegaler Geldflüsse! Das ist der Vorwurf einer strafbaren Handlung! Ich bin nicht bereit, ...! – Zur Geschäftsbehandlung!)

Von dieser Seite her interessierten mich natürlich besonders die bereits erwähnten im Raum stehenden illegalen Geldflüsse im Zusammenhang mit der Erteilung der Aufenthaltsgenehmigungen.

Ender weist immer wieder darauf hin und wäre als Auskunftsperson wahrscheinlich in der Lage, zumindest einige Hinweise zu geben, warum dieses Thema seiner Meinung nach so wesentlich ist, was er darüber gewusst hat, was er darüber erfahren hat im Bereich der Wiener SPÖ, was er davon erfahren hat möglicherweise aus Bereichen der ÖVP Niederösterreich oder dem Innenministerium.

Damit dieser Ausschuss diesen Schritt weiter kommt, muss er das Recht bekommen, Herrn **Berndt Ender** als **Auskunftsperson** zu befragen – von mir aus auch an einem Samstag (Zwischenruf der Abg. Mag. **Lapp**), wenn das Herr Abgeordneter Pendl oder Herr Abgeordneter Amon unbedingt will. Ich bin bereit, zu einer Befragung von Herrn Ender auch an einem Samstag in diesen Ausschuss zu kommen!

Das ...

Obmann Dr. Martin Bartenstein: Zur Geschäftsbehandlung hat sich Herr Abgeordneter Amon gemeldet.

Abgeordneter Werner Amon (ÖVP) (zur Geschäftsbehandlung): Herr Vorsitzender! Der Herr ...

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ich war mitten in meiner Wortmeldung! – An und für sich ist es nicht üblich, dass ein Abgeordneter ...

Obmann Dr. Martin Bartenstein: Dann hätten wir heute mehrfach die Situation gehabt, dass man eine Viertelstunde lang keine Anfrage zur Geschäftsbehandlung zulassen hätte können. Ich hatte den Eindruck, Sie ...

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Sie haben ***nicht*** das Recht, eine Wortmeldung zu unterbrechen. (Abg. **Kößl:** ... Spielwiese!)

Obmann Dr. Martin Bartenstein: Ich hatte den Eindruck, Herr Abgeordneter Pilz, Sie hatten sich selbst einmal kurz unterbrochen, und deswegen die Worterteilung an Abgeordneten Amon.

Wenn ich mir anschau, wer in den letzten zwei Stunden das Rederecht hier in Anspruch genommen hat, dann kann es für die Beobachter keinen Zweifel daran geben, dass das zu 95 Prozent Ihre Person war, sehr geehrter Herr Abgeordneter. (Zwischenruf des Abg. Dr. **Pilz.**)

Am Wort ist Herr Abgeordneter Amon.

Abgeordneter Werner Amon (ÖVP) (zur Geschäftsbehandlung): Herr Vorsitzender! – Herr Dr. Pilz hat eben behauptet, die Regierungsparteien würden sich an der Vertuschung illegaler Geldflüsse beteiligen. – Das ist der Vorwurf einer gerichtlich strafbaren Handlung, die an sich mit einem Ordnungsruf zu ahnden ist. (Abg. **Hornek:** Der ist auch zu tätigen!)

Obmann Dr. Martin Bartenstein: Darf ich Sie bitten, Vorwürfe, die in die Richtung Unterstellung strafbarer Handlungen gehen, einmal prinzipiell zu unterlassen, oder, wenn Sie sich sehr sicher sind, diese dann auch entsprechend zu unterlegen.

Ich habe Ihnen beim letzten Mal einen Ordnungsruf erteilt wegen der Nichtrücknahme des Terminus „Stasi-Untersuchungsmethoden“. – Ich bin informiert worden, dass das seit Menschengedenken überhaupt das erste Mal war, dass in einem Untersuchungsausschuss ein Ordnungsruf erteilt wurde, also möchte ich es dabei bewenden lassen, aber bitte üben Sie hier doch etwas mehr Selbstdisziplin! (Abg. Mag. **Donnerbauer:** Auch zur Geschäftsbehandlung!)

Abgeordneter Mag. Heribert Donnerbauer (ÖVP) (zur Geschäftsbehandlung): Ich möchte schon diesen Vorwurf, der hier irgendwo bei Kollegem Pilz immer mitklingt, nicht unwidersprochen lassen, denn das, was die Untersuchung – eine effiziente Untersuchung! – verhindert, ist der Missbrauch des Fragerechtes. Wenn Sie hier Seitenweise und viertelstundenlang Scheinfragen konstruieren, indem Sie eben einfach Telefonüberwachungsprotokolle vorlesen, ohne dann wirklich sichtbar und erkennbar eine Frage an Kollegen Vilimsky zu stellen – dazu konnte er überhaupt nichts beitragen und das war allen hier bewusst –, dann ist völlig klar, dass der Zeitplan, den wir für heute vorgehabt haben, nämlich um 12 Uhr Staatsanwalt Kronawetter genau zu diesen Komplexen zu befragen, nicht zu halten ist. (Abg. **Neubauer:** Der war wichtig!)

Das heißt, der Vorwurf richtet sich nicht an die Regierungsfraktionen, weil diese sich heute bei der Befragung sehr, sehr zurückgehalten haben, sondern er richtet sich an jene, die dieses Fragerecht nicht im Sinne einer Untersuchung ausüben, sondern im Sinne dessen, hier eben eine Show abzuziehen und verschiedene vertrauliche Dokumente öffentlich zu machen. Das ist das Ziel! Das haben Sie ja selber auch so zugestanden. – Das soll so sein, aber dann können Sie nicht den Vorwurf gegen die Regierungsfraktionen erheben, dass diese die Untersuchungen nicht zulassen!

Wir haben heute für 12 Uhr Staatsanwalt Kronawetter vorgesehen. Wir hätten ihn jetzt schon fast zwei Stunden lang befragt genau zu den Vorwürfen, zu denen Sie jetzt Kollegen Vilimsky befragen, der logischerweise überhaupt nichts dazu beitragen kann.

Ich bitte Sie also, das schon auch zu berücksichtigen und hier eine gewisse Objektivität walten zu lassen.

Obmann Dr. Martin Bartenstein: Es hat eine einzige Fraktion gegeben, die heute Fragen gestellt hat, das war die grüne Fraktion, beide Abgeordnete. Also so gesehen: Nicht nur die Regierungsfraktionen, sondern vier von fünf Fraktionen sind heute bis jetzt nicht ... (*Abg. Amon: Nein, das BZÖ hat verzichtet! Kollege Stadler wäre dran gewesen, ...!*) – Vier von fünf Fraktionen haben heute keine Fragen gestellt. Es ist richtig, dass Herr Abgeordneter Stadler verzichtet hat, aber vier von fünf haben keine Fragen gestellt. – Diese meine Feststellung, Herr Kollege Amon, war und ist sachlich richtig. (*Abg. Weninger: Wenn ich nicht drankomme, kann ich keine Fragen stellen!*)

Abgeordneter Hannes Weninger (SPÖ) (zur Geschäftsbehandlung): Damit nicht der Vorwurf im Raum steht, wir hätten keine Fragen zu stellen: Wir haben sehr viele Fragen – auch an Herrn Abgeordneten Vilimsky – zu stellen, nur gibt es für das Fragerecht eine Reihenfolge, und wir werden unsere Fragen dann sehr detailliert stellen, wenn die Zeit für uns gekommen ist, wenn Herr Abgeordneter Pilz mit seinem Fragenkatalog fertig ist.

Ich will nicht im Raum stehen lassen, dass es so ausschaut, als ob die Regierungsfraktionen keine Fragen haben – ganz im Gegenteil! Wir werden uns dann das gleiche Recht herausnehmen, das sich Kollege Pilz in diesem Ausschuss herausnimmt, und sehr konkrete Fragen an alle Auskunftspersonen stellen, auch an Kollegen Vilimsky.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Zum Ersten hat es natürlich nichts mit Tatsachen zu tun, dass das der erste Ordnungsruf in der Geschichte der Untersuchungsausschüsse gewesen sein soll – das ist vollkommen falsch! Es hat etliche Ordnungsrufe insbesondere an die Abgeordnete Fekter (*Abg. Mag. Donnerbauer: Wann denn?*) im Eurofighter-Untersuchungsausschuss gegeben, und die waren alle ausgezeichnet begründet (*ironische Heiterkeit bei der ÖVP*) – das kann ich Ihnen versichern! – und habe höchste Zustimmung vonseiten der SPÖ gefunden. – Es war so, ich sage das einfach kommentarlos.

Vielleicht waren das Ihrer Meinung nach ...

Obmann Dr. Martin Bartenstein: Ich habe nicht gesagt, der Erste überhaupt in der Geschichte, sondern die Parlamentsdirektion hat mich dahin gehend informiert, der Erste seit langem.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ja, ja! Der Begriff „seit langem“ kann ja dienlich sein. So lange ist der Eurofighter-Untersuchungsausschuss noch nicht her. (*Abg. Mag. Donnerbauer: ... so lange der Herr Kollege Pilz ...!*) – Das ist einmal das eine.

Das Zweite ist: Ich verstehe schon, dass es den Unmut auch des Vorsitzenden erregt, dass die Regie des schnellen Abwürgens des Untersuchungsausschusses hier öffentlich gestört wird. Wir zeigen einfach, dass wir aufgrund der Akten auch bei den wenigen Auskunftspersonen, die uns noch spendiert werden, die Arbeit ernst nehmen (*Zwischenrufe bei der ÖVP*), und wir werden deswegen anhand der Akten alles fragen, was im Sinne einer seriösen parlamentarischen Untersuchung zu fragen ist und werden uns auch durch die Zensuren des Vorsitzenden nicht abbringen lassen.

Ich habe den entscheidenden Punkt sowieso genannt: Der Problemkreis, in dem wir uns bewegen, ist, dass es heute einmal möglich war, aufgrund der wirklich

umfangreichen Akten den Versuch zu unternehmen, die zweite Schiene in der Affäre Kasachstan/Alijew bis zu einem gewissen Punkt sehr ausführlich auszuleuchten.

Die erste Schiene – nämlich die Vorbereitung und dann die Versuche der diversen Entführungen – ist ja keine Aufgabe des Untersuchungsausschusses, das ist eine Angelegenheit der Strafjustiz, und das spielt zu Recht in diesem Zusammenhang nur am Rand eine Rolle. Die dritte Schiene ist offensichtlich die SPÖ-Schiene, die in der Beschuldigtenvernehmung Ender ganz deutlich und offen angesprochen wird.

Und dann, und das möchte ich schon einmal feststellen, habe ich in Bezug auf Geldflüsse ausschließlich zitiert – ausschließlich zitiert! – und erklärt, dass das meiner Meinung nach zu klären ist. Und wenn es für Zitate aus Akten schon Ordnungsrufe gibt, dann muss man sich wirklich überlegen, wie wir hier im Parlament die Akten in Schutz nehmen können, weil das haben sie sich wirklich nicht verdient.

Das waren die wesentlichen Fragen, die ich jetzt einmal, in dieser Runde, an Kollegen Vilimsky stellen wollte. – Herzlichen Dank.

Abgeordneter Hannes Weninger (SPÖ): Herr Vorsitzender! Hoher Ausschuss! Wir haben jetzt natürlich – dankenswerterweise auch durch die ausführliche Zitierung der Telefonprotokolle – einen tiefen Einblick bekommen, wie diese Konstellation zwischen den österreichischen Handlangern des kasachischen Geheimdienstes und dem FPÖ-Klub scheinbar funktioniert hat. Aufgrund dieser Aktenlage und der Aussagen ergeben sich für mich zwei Schlussfolgerungen. (*Zwischenruf des Abg. Neubauer.*) Entweder hat es da wirklich ein sehr enges Netzwerk gegeben, weil ja immer wieder von Meetings, Mitarbeitern, Treffen mit FPÖ-Leuten gesprochen wurde, oder, These zwei, die sich für mich aus den Aussagen des Abgeordneten Vilimsky eher ergeben hat, dass eigentlich diese Thematik sehr **blauäugig** aufgenommen wurde, dass man sich inhaltlich nicht besonders damit auseinandergesetzt hat und eher froh war, dass man eine oder mehrere parlamentarische Anfragen auf dem Silbertablett serviert bekommen hat.

Ich würde Sie gern fragen, Herr Kollege: Welche dieser beiden Thesen würden Sie eher unterstützen?

Harald Vilimsky: Also mit Verlaub: keine der beiden. Erstens einmal haben wir keine Anfrage „serviert bekommen“. Ich gebe das noch einmal in aller Deutlichkeit zu Protokoll. Wir haben weder irgendeine Vorformulierung von Anfragen erhalten, noch sind wir irgendwo „blauäugig“ in irgendwas hineingestürzt.

Wir haben das von einem ehemaligen ORF-Journalisten, der auf meine Nachfrage hin vom ehemaligen Minister Blecha einen Brief der kasachischen Botschaft an den damaligen Generaldirektor für öffentliche Sicherheit erhalten hat, wo schwerste Missstände im Verwaltungsbereich in Österreich enthalten waren, und ich habe mich in alleiniger Entscheidungshoheit dafür entschieden, bei der Frau Innenminister nachzufragen, ob dieser Brief authentisch ist. Ich kann hier nichts von einer Steuerung erkennen und gebe das zum zehnten Mal auch hier zu Protokoll.

Abgeordneter Hannes Weninger (SPÖ): Ich habe keinen Vorwurf der „Steuerung“ gemacht, sondern die **Blauäugigkeit** unterscheidet sich ja im allgemeinen Sprachgebrauch von „Steuerung“. Ich denke mir, dass das einfach so gelaufen ist, wie Sie es richtigerweise beschrieben haben, wie es bei vielen von uns läuft, dass wir einfach Informationen bekommen, diese Informationen aufnehmen, überprüfen,

rückfragen, auf den Wahrheitsgehalt abtesten, und wenn man dann der politischen Überzeugung ist, dass es das Instrument einer parlamentarischen Anfrage wert ist, das dann auch einbringen.

Ich habe eher den Eindruck, auch aus Ihren Formulierungen, soweit ich mir das notiert habe: Ich hatte keinen Anflug von einer Ahnung, worum es geht. Vilimsky: Ich habe dafür auch keine Zeit, habe mich nicht wirklich inhaltlich eingearbeitet. – Das war eher mein Vorwurf mit der Formulierung der Blauäugigkeit, dass Sie Informationen, die Sie und Ihre Mitarbeiter bekommen haben, dazu verwendet haben, um politisch Ihre Intentionen gegen die Frau Innenministerin weiterzutreiben und Sie sehr dankbar waren für diese Informationen, die Ihnen von unüberprüfter Seite aufbereitet wurden.

Harald Vilimsky: Ja, genau dafür gibt es ja das Instrument der parlamentarischen Anfrage. Ich kann schwer bei der Frau Innenministerin oder beim Generaldirektor für öffentliche Sicherheit nachfragen, ob dieses Schreiben eingelangt ist. Man würde darauf keine Antwort geben. Und ich habe auch nicht die kasachische Botschaft kontaktiert, ob dieses Schreiben an die Generaldirektion für öffentliche Sicherheit ergangen ist.

Ich lese hier etwas von **Geldwäsche** und **Drogenhandel** und **Millionen**, mit denen um sich geworfen wird, und ich stelle dazu eine parlamentarische Anfrage. Genau dafür gibt es das **Interpellationsrecht**.

Abgeordneter Hannes Weninger (SPÖ): Sie haben ja nicht nur die Anfrage gestellt, es hat ja im Vorfeld mehrere Treffen mit mehreren Mitarbeitern des FPÖ-Klubs gegeben. Davon gehe ich aus, das wurde auch teilweise bestätigt. Sie haben sich da inhaltlich widersprochen. Sie haben einerseits gesagt: Ich persönlich hatte niemals Kontakt, das gilt auch für meine Mitarbeiter. Und wenig später dann die Formulierung ...

Harald Vilimsky: *Mit Vertretern Kasachstans* hatte ich niemals Kontakt – Entschuldigung, das muss ich präzisieren!

Abgeordneter Hannes Weninger (SPÖ): Aber diejenigen, die die Informationen aufbereiten, das sind ja nicht die, die aus Kasachstan kommen, sondern es sind, wie wir aus der Aktenlage wissen, da verschiedene Personen vorgeschoben worden.

Harald Vilimsky: Der Herr Ender, den wir alle kennen.

Abgeordneter Hannes Weninger (SPÖ): Sie haben sich einleitend auch als sehr fleißiger oder überhaupt der fleißigste Mandatar der Republik bezeichnet (*Harald Vilimsky: Eine Tageszeitung war das!*); Zitat aus der Zeitung „ÖSTERREICH“; aufgrund der Anzahl von Anfragen. (*Harald Vilimsky: Dieses Jahres!*) Vielleicht kann aus der Anzahl der Anfragen nicht immer auch die Qualität der Anfragen mit abgeleitet werden. (*Harald Vilimsky: Stimmt!*) – Und wie man jetzt sieht, sind auch nicht immer die Fragen zutreffend, aber Sie haben dazu selbst auf eine Frage des Kollegen Pilz geantwortet:

Es ist ja völlig absurd – absurd! –, dass jemand glaubt, dass man mit einer Anfrage eines Oppositionspolitikers irgendetwas bewegen kann.

Jetzt frage ich nach der Motivation für diese Anfragen, wenn Sie selbst davon ausgehen, dass es „völlig absurd“ ist, wenn Sie eine Anfrage stellen und damit nichts

bewegen können in Österreich. Da muss ja die Motivation für diese Anfrage eine andere gewesen sein. – Daher: Was war die Motivation dieser Anfrage?

Harald Vilimsky: Die Motivation dieser Anfrage war es ... (*Zwischenrufe des Abg. Neubauer. – Abg. Weninger: Setzen Sie sich hin als Vertrauensperson! Aber dann müssen Sie sich nach vorne setzen!*)

Obmann Dr. Martin Bartenstein: Am Wort ist Herr Abgeordneter Vilimsky!

Harald Vilimsky: Das „nichts bewegen“ war bezogen auf den Versuch, die Auslieferung des Herrn Alijew zu erwirken. Die Motivationslage der Anfrage war ganz klar, nämlich behaupteten Missständen nachzugehen, die in den Bereich Geldwäsche und Drogenhandel gegangen sind.

Ich habe ja gesagt, es hat die Republik Österreich ein offizielles Verhältnis zur Republik Kasachstan, und erst im Februar dieses Jahres hat Frau Parlamentspräsidentin Prammer eine Delegation aus Kasachstan hier willkommen geheißen. Und wenn ich als Sicherheitssprecher ein Schreiben der Botschaft an die Generaldirektion erhalte, wo die österreichischen Behörden aufmerksam gemacht werden, dass es da ein paar Personen gibt, die mit Millionen um sich werfen und offiziell, in öffentlich wahrnehmbarer Weise der Vorwurf von Geldwäsche und Drogenhandel erhoben wird, bin ich dem in sorgsamer Art und Weise nachgegangen, indem ich eine Anfrage gestellt habe. Und als ich die Antwort erhalten habe und ich befriedigt war, weil Ermittlungen ja schon im Laufen waren, habe ich alles diesbezüglich eingestellt und habe nichts mehr gemacht.

Abgeordneter Hannes Weninger (SPÖ): Das heißt also, aus der Antwort auf diese Anfrage haben Sie gesehen, dass seitens des Ministeriums die notwendigen Schritte längst eingeleitet waren und damit keine weiteren politischen Aktivitäten Ihrerseits notwendig sind?

Harald Vilimsky: Na ja, schon notwendig, aber solange die Ermittlungen laufen, wollte ich mich nicht in öffentlichkeitswirksamer Weise äußern, um diese Ermittlungen nicht zu gefährden.

Abgeordneter Hannes Weninger (SPÖ): Danke vielmals.

Eine letzte Frage: Natürlich tagt der Untersuchungsausschuss im Nachhinein, es gibt viele Akten, die uns erst jetzt zugänglich sind, es gibt viele Medienberichte, es gibt auch diesen nicht besonders glücklichen Passus im BVT-Bericht.

Frage an Sie: Teilen Sie meine Einschätzung, dass man sagt, man ist mit dieser ganzen Problematik auf Wienerisch gesagt eher „eingefahren“ oder da Menschen wie einem Herrn Ender auf den Leim gegangen ist? Man würde sich gerade in so einer diplomatisch heiklen Frage in Zukunft so nicht mehr engagieren?

Harald Vilimsky: Nein. Erstens einmal ist der Herr Ender seit Jahrzehnten vielen Leuten dieses Hauses bekannt, und es gab nicht einmal den Ansatz einer Verdächtigung, dass er da jetzt in dubiose Motivationslagen verstrickt wäre.

Das Entscheidende ist für mich das Schreiben, das ich bekommen habe.

Ich gebe Ihnen recht, dass man mehr aufpassen müsste, wenn man Adressat eines gefälschten Schreibens wäre und man aufgrund eines gefälschten Schreibens Handlungen setzt, die man so nicht gesetzt hätte.

Auf der anderen Seite war das Schreiben ja offenbar **authentisch**. Man hätte ja einen anderen Weg vonseiten der Urheber gehen können: Man hätte es an **alle** Abgeordneten schicken können – da wäre hunderttausendmal mehr passiert –, man hätte es an die Zeitungsredaktionen schicken können – es wäre hundertmal mehr passiert. Als ich dieses Schreiben, nachdem ich da in öffentliche Diskussion gekommen bin, der „Kronen Zeitung“ gegeben habe, haben die eine Titelseite daraus gemacht.

Das heißt, man hätte sich nicht über diese Kette von Umwegen jetzt heranhanteln müssen, damit der Harald Vilimsky eine Anfrage macht, denn dass die nichts bewirkt im Sinne der Verfasser, nämlich die Auslieferung zu erwirken, dem, glaube ich, wird jetzt niemand ehrlich widersprechen.

Abgeordneter Hannes Weninger (SPÖ): Danke.

Obmann Dr. Martin Bartenstein: Keine weiteren Anfragen seitens der sozialdemokratischen Fraktion.

Damit zur ÖVP-Fraktion. – Bitte, Herr Abgeordneter Amon.

Abgeordneter Werner Amon (ÖVP): Herr Kollege Vilimsky, ganz kurz: Sie haben in Ihren Ausführungen gesagt, dass bei den parlamentarischen Anfragen der FPÖ bei den meisten ein Artikel vorangestellt ist, und dann gibt es völlig wertfreie Fragen dazu.

Darf ich Sie konfrontieren mit der Anfrage 322 des Abgeordneten Mayerhofer, wo ein „profil“-Artikel zitiert ist. Ich erspare jetzt allen, dass ich den gesamten Artikel vorlese (**Harald Vilimsky: Ich habe ihn!**), aber die Fragen, die sich dann anschließen, haben mit dem Artikel relativ wenig zu tun. (**Abg. Neubauer: Da müssen Sie den Herrn Mayerhofer fragen!**) Das heißt, Sie haben das verteidigt, weil Sie – und darum richte ich die Frage schon an den Herrn Kollegen Vilimsky – ja ausdrücklich gesagt haben, es ist eigentlich bei allen so: Artikel vorangestellt, wertfreie Fragen im Anschluss. – Die Fragen, die dann folgen, sind **in keiner Weise** wertfrei. Da ist dann als Frage 8 zum Beispiel die Frage gestellt:

Wurde der Antrag – nämlich auf Asyl – vom Landeshauptmann abgelehnt? (**Abg. Dr. Rosenkranz: Falscher Vorhalt!**)

Warum? (**Abg. Dr. Rosenkranz: Welches Asyl?**) Ich habe gerade gesagt, die Frage war: Wurde der Antrag vom Landeshauptmann abgelehnt? Das habe ich gerade gesagt. Das ist die Frage 8. (**Abg. Dr. Rosenkranz: Welches Asyl?**) – Bitte zuhören! Ich habe gesagt, vorher sind Fragen zum Asyl gestellt – auch das ist im gesamten Text nie Thema! –, und dann plötzlich taucht nach den Fragen zum Asyl die Frage 8 auf: Wurde der Antrag vom Landeshauptmann abgelehnt?

Ich frage: Wie kommen Sie auf Grund des „profil“-Artikels erstens zum Thema **Asyl** und dann zur Frage 8: Ist der Antrag vom Landeshauptmann abgelehnt worden?

Abgeordneter Harald Vilimsky (FPÖ): Herr Kollege, ich kann nicht für den Kollegen Mayerhofer sprechen, ich kann nur prinzipiell sprechen: Dafür gibt es Anfragen.

Abgeordneter Werner Amon (ÖVP): Ist auf diesem Antrag Ihre Unterschrift?

Abgeordneter Harald Vilimsky (FPÖ): Warten Sie einmal – ja, ist auch oben.

Abgeordneter Werner Amon (ÖVP): Dann darf ich Sie schon fragen – denn dann sind Sie zwar nicht Erstantragsteller, aber Anfragesteller –: Wie kommen Sie, wenn Sie nicht aus anderen Quellen Informationen beziehen, überhaupt zur Anfrage, wie sie sich da gestaltet?

Abgeordneter Harald Vilimsky (FPÖ): Erstens einmal ist es völlig in Ordnung, aus jedweder Quelle Informationen zu beziehen, denn wenn ich keine Informationen mehr beziehen kann, würde sämtliche Investigativtätigkeit sowohl im Bereich der Politik als auch im Bereich des Journalismus unmöglich sein. Ich kann ja die einzelnen Anfragen und deren Genesis jetzt für den Kollegen Mayerhofer im Detail nicht nachvollziehen, habe aber so weit Vertrauen in meinen Fraktionskollegen, dass der sich das schon genügend überlegt haben wird für die Erstellung dieser Anfragen.

Ich sehe da jetzt Anfragen, wo es vielleicht Informanten gibt, die ihn auf diese Spur gebracht haben – gut natürlich, denn das ist ja die Aufgabe eines Oppositionsabgeordneten, Hinweisen nachzugehen. Und er ist ja nicht sorglos damit umgegangen, sondern ganz im Gegenteil: Er stellt nur Fragen.

Abgeordneter Werner Amon (ÖVP): Nein, das ist ja durchaus in Ordnung. Sie haben nur am Beginn Ihrer Ausführungen gesagt, dass da einfach völlig wertfrei ein „profil“-Artikel abgedruckt worden ist, und dann gibt es völlig wertfreie Fragen zum Artikel. (*Harald Vilimsky: Ja!*) Sie gestehen also jetzt ein, dass offenbar andere Informationen im Hintergrund eine Rolle gespielt haben als dieser „profil“-Artikel?

Abgeordneter Harald Vilimsky (FPÖ): Natürlich sind bei jeder Anfrage Informationen, die man erhält, die Basis dafür, Anfragen zu stellen.

Abgeordneter Werner Amon (ÖVP): Weil Sie auch über andere zusätzliche Informationen verfügen, nämlich etwa, dass dieser Brief, der an den Generaldirektor für öffentliche Sicherheit ergangen ist über den Herrn Blecha, über den Herrn Ender offenbar dann an Sie gekommen ist.

Abgeordneter Harald Vilimsky (FPÖ): Ja, aber erst nach mühsamer Nachrecherche, nachdem ich den Herrn Ender erstmals im August dieses Jahres getroffen habe und ihn konfrontiert habe damit nach dem Motto: Was ist da los?

Abgeordneter Werner Amon (ÖVP): Sie haben einleitend in Ihrer Stellungnahme auch von den „Witwen“ gesprochen, und es gibt bis heute keinen Beweis dafür, dass das Witwen sind. – Haben Sie da auch weiterreichende Informationen?

Abgeordneter Harald Vilimsky (FPÖ): Nein, das habe ich aus der Medienberichterstattung entnommen. Wenn hier eine notwendige Präzision nicht da war, lag es an der Unachtsamkeit. Ich habe mich, seitdem ich gehört habe, dass Sie mich vorladen, durch sehr viel Akten und sehr viel Materialien gequält. (*Abg. Mag. Stadler: Die ÖVP lässt sich auch die Heiratsurkunde und die Sterbeurkunde vorlegen! – Heiterkeit.*)

Obmann Dr. Martin Bartenstein: An der Stelle unterbreche ich aufgrund parlamentarischer Verpflichtungen einiger Kollegen hier im Untersuchungsausschuss die Befragung des Herrn Abgeordneten Vilimsky. Danke für Ihr Kommen!

14.04

Obmann Dr. Martin Bartenstein gibt bekannt, dass soeben Anträge der Abgeordneten Pilz, Stadler und Graf einerseits zum Beweisthema, andererseits zur Ladung von Auskunftspersonen vorgelegt worden seien. Sie sollten nun auch ordnungsgemäß eingebbracht werden.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ich bringe nun auch offiziell die **Anträge** der Abgeordneten Pilz, Stadler, Graf bezüglich Zeitplan sowie Beweisbeschluss betreffend Ladung von Auskunftspersonen, hier ausschließlich Berndt Ender, und betreffend Ladung von Auskunftspersonen zum Beweisthema 1.1, 1.2: für 15.12.2009, 10 Uhr: Mag. Günther Lengauer, 15.12.2009, 12.00 Uhr: Staatsanwalt Mag. Hans-Peter Kronawetter, und 15.12. 2009, 15 Uhr: Berndt Ender, ein.

Ich begründe das wie folgt: Aus den heutigen Befragungen hat sich eindeutig ergeben, dass Berndt Ender nach jetzigem Akten- und Kenntnisstand **die** Schlüsselperson ...

Dr. Martin Bartenstein: Ich darf, nachdem Sie die Anträge jetzt ausführlich begründen, an der Stelle die Kollegen von der Presse bitten, den Saal zu verlassen, weil das ein Geschäftsordnungsteil und damit **nichtöffentlich** ist. Bitte um Rücksichtnahme.

14.06

(Fortsetzung: 14.07 Uhr bis 14.14 Uhr – und damit bis zur Unterbrechung der Sitzung – unter **Ausschluss der Medienöffentlichkeit** statt; s. **Auszugsweise Darstellung, nichtöffentlicher Teil.**)

A N H A N G

**Einwendungen des Sachverständigen Univ. Prof. Dr. Georg LIENBACHER gem.
§ 23 Abs. 4 VO-UA zum Protokoll der 15. Sitzung des
Untersuchungsausschusses zur Untersuchung von Abhör- und
Beeinflussungsmaßnahmen
am 25. 11. 2009**

- Auf Seite 52, Zeile 44 muss es statt „2004“ richtig „2008“ lauten.
- Auf Seite 52, Zeile 45 muss es statt „2004“ richtig „2008“ lauten.
- Auf Seite 53, Zeile 8 muss es statt „2004“ richtig „2008“ lauten.
- Auf Seite 53, Zeile 35 muss es statt „94“ richtig „90a“ lauten.

Wien, 27. November 2009

Georg Lienbacher e. h.

Ort, Datum

Unterschrift